

# **TRÜGERISCHE RUHE IM BEDROHTEN PARADIES?**

## **ZUR ENTWICKLUNG VON RESENTIMENTS UND RECHTS-EXTREMEN STIMMUNGSLAGEN IM ALLTAGSBEWUSSTSEIN DER DEUTSCHEN – EMPIRISCHE BEFUNDE UND ERKLÄRUNGSANSÄTZE**

**Von Max Lill**

Die politische Lage erscheint vielen Linken derzeit als desolat und zutiefst bedrohlich. Die Wahlerfolge der AfD und die Demonstrationen von «Pegida» werden als Hinweis darauf gedeutet, dass ressentimentgeladene und rechtsextreme Stimmungslagen in der gesellschaftlichen «Mitte» generell auf dem Vormarsch seien. Aber wird dieser Eindruck auch durch aktuelle sozialwissenschaftliche Untersuchungen bestätigt? Die hier präsentierte Studie für die Rosa Luxemburg Stiftung zeigt, dass dies keineswegs der Fall ist. Die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen ist demnach in den letzten Jahren sogar tendenziell zurückgegangen. Grund zur Entwarnung gibt es, angesichts der weiterhin hohen Latenz von Ressentiments, der gewachsenen Präsenz des Rechtspopulismus in Politik und Zivilgesellschaft und der Schwäche der Linken, dennoch nicht. Wie lassen sich die empirischen Befunde vor dem Hintergrund der Umbrüche im politischen System und der Dynamik gesellschaftlicher Krisen deuten? Welche Rolle spielen Vermarktlichungsprozesse und alltägliche Krisenerfahrungen in Erwerbsarbeit und lebensweltlicher/familiärer Reproduktion für die Ausbildung von Ressentiments? Und was folgt daraus für die Strategiedebatten der Linken?

### **INHALT**

1. Rückgang von Ressentiments trotz Krise und Erfolgen des Rechtspopulismus?.....	2
2. Bürgerliche Hegemonie und Bruchstellen im herrschenden Parteienblock.....	4
3. Echos der Krise und die soziale Nahwelt als Ort des Schutzes vor dem Sturm .....	6
4. Empirische Befunde zur Entwicklung von Ressentiments im Zeitverlauf .....	9
4.1 Entwarnungsmeldungen vom Bodensee? .....	10
4.2 Die Entwicklung «gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit» .....	12
4.3 Der «Extremismus der Mitte» im Wandel .....	13
5. Einflussfaktoren, Haltungen und Deutungsmuster .....	14
5.1 Sozial-demographische Einflussfaktoren und Parteipräferenzen .....	15
5.2 Ressentiments begünstigende Haltungen und Deutungsmuster .....	17
6. Der Markt als Form der autoritären Vergesellschaftung? .....	19
7. Anerkennungsverluste, Schattenidentitäten und mystifizierte Krisen der Reproduktion.....	24
8. Alltagskulturen, Milieus und gesellschaftspolitische Lager.....	26
9. Politische Schlussfolgerungen .....	28

### **DER AUTOR**

**Max Lill** ist Politologin und Geographin. Er forscht in der Arbeits- und Geschlechtersoziologie und schreibt über soziale Bewegungen, Jugendkultur und Geschichtspolitik. Letzte Buchveröffentlichungen: «The whole wide world is watchin'. Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren. Bob Dylan und The Grateful Dead» (Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2013); zusammen mit Hildegard Maria Nickel, Andreas Heilmann und Hasko Hüning: «Geschlechterpolitik in Krisenzeiten – Eine Fallstudie im Bankensektor» (edition sigma, Berlin 2015).

Die Studie wurde erstellt für die Arbeitsgruppe «Umfragen und Alltagsbewusstsein» beim Gesprächskreis «Soziale Ungleichheit und Klassenanalyse» der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

# 1. RÜCKGANG VON RESENTIMENTS TROTZ KRISE UND ERFOLGEN DES RECHTSPOPULISMUS?

Die politische Lage erscheint vielen Linken derzeit als desolat und zutiefst bedrohlich. Die Krise des neoliberalen Entwicklungsmodells führe, so der vorherrschende Eindruck, nur zu dessen weiterer Radikalisierung, eine autoritäre Wende zeichne sich ab: Die bereits weitgehend ausgehöhlten parlamentarischen Demokratien und die Reste sozialstaatlicher Absicherung würden endgültig stranguliert durch die Fesseln des europäischen Austeritätsregimes. Standortnationalistische Deutungsmuster und damit ressentimentgeladene und rechtsextreme Stimmungslagen seien auch in der sozialen und politischen «Mitte» auf dem Vormarsch. Der scheinbar unaufhaltsame Siegeszug des Rechtspopulismus wird dabei häufig in Analogie zum historischen Faschismus – seinerseits eine Reaktion auf die letzte große Krise des Kapitalismus in den 1920er und 1930er Jahren – verstanden. Auch die aktuellen Wahlerfolge der AfD und rechte Protestnetzwerke wie «Pegida» oder «Hogesa»<sup>1</sup> erscheinen vor diesem Hintergrund als Ausdruck einer generellen Rechtsverschiebung im Alltagsbewusstsein – auch und gerade in der Bundesrepublik, die international als scharfpolitischer Zuchtmeister und wiedererwachte Großmacht auftritt.<sup>2</sup>

Für diese Sichtweise lassen sich ohne Zweifel Indizien finden. Plausibel kann sie gerade aus der anti-faschistischen Arbeit heraus wirken, immerhin sind Aktivist\_innen hier tagtäglich mit den schlimmsten Formen rassistischer Gewalt, dem Versagen staatlicher Ermittlungsbehörden und aggressiven rechtspopulistischen Kampagnen konfrontiert. Und dennoch: Einige einschlägige empirische Untersuchungen zu Ressentiments und Rechtsextremismus sprechen, zumindest für die Bundesrepublik, gegen diese düstere Gesamteinschätzung. Sie diagnostizieren, trotz im Detail uneinheitlicher Ergebnisse und in einzelnen Fällen auch zunehmenden Ressentiments, übereinstimmend einen tendenziellen Rückgang gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung (Decker/Kiess/Brähler 2014; Zick/Preuß 2014; Zick/Klein 2014 Allensbach 10/2014, 2/2014, 5/2013).

Daraus ergibt sich eine doppelte Fragestellung:

1. Zeigt sich womöglich eine *Gegenläufigkeit* zwischen dem zunehmenden Gewicht eines dezidiert rechtspopulistischen Spektrums in der politischen und zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit und einer dennoch – gesamtgesellschaftlich betrachtet – abnehmenden Verbreitung von Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen auf der Ebene des Alltagsbewusstseins?
2. Wie ließe sich eine solche Gegenläufigkeit ggf. erklären? Oder grundsätzlicher: Wie können die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung zu Ressentiments und rechtsextremistischen Einstellungsmustern vor dem Hintergrund der *Dynamik gesellschaftlicher Krisenprozesse* gedeutet werden? Der Fokus soll dabei auf zwei Themenkomplexe gelegt werden, die aktuell in der politischen Linken intensiv diskutiert werden:
  - a) Wie hängen Prozesse der *Vermarktlichung* des Sozialen und der daraus erwachsenden Verunsicherung von Arbeits- und Lebenswelten mit der Entwicklung von Ressentiments zusammen?
  - b) Welche Bedeutung kommt dabei Erfahrungen von *Krisen der individuellen und sozialen Reproduktion* zu? Welche Rolle spielen etwa Identitäts- und Geschlechterfragen oder Phänomene, die auf eine subjektive Aufwertung von Nahweltbeziehungen bzw. der Familie als privatem Schutzraum hinweisen?

Ziel ist es, eine Analyseperspektive zur Diskussion zu stellen, die Entwicklungen im ökonomischen, sozialen und politischen Feld jeweils in ihrer relativen Autonomie und zugleich in ihrem inneren Gesamtzusammen-

---

<sup>1</sup> Pegida, ein bisher vor allem in Dresden schnell angewachsenes Protestbündnis, steht als Abkürzung für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Pegida bemüht sich, trotz Beteiligung rechtsextremistischer Gruppen, um ein eher bürgerliches und ziviles Image. Das Bündnis „Hooligans gegen Salafismus“ (Hogesa) fiel öffentlich vor allem durch eine im Oktober 2014 in Köln organisierte Demonstration auf, an der rund 5.000 Menschen teilnahmen. Neo-nazistische Gruppen traten dabei vergleichsweise offen und militant in Erscheinung.

<sup>2</sup> So spricht etwa Liz Fekete im RLS-Standpunkte-Papier 17/2014 davon, Europa erlebe „allgemein einen deutlichen Rechtsruck“. Es sei zu beobachten, „wie faschistisches Gedankengut vom rechten Rand in die Mitte wandert und sich dort im Mainstream festsetzt.“ (Fekete 2014, S. 2) Und im Titel-Beitrag der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „ak – analyse und kritik“ stellt David Begrich, ein differenziert und kenntnisreich argumentierender Experte für Rechtsextremismus, die These auf, es lasse sich ein sozialwissenschaftlich messbarer Anstieg der Zustimmung zu fremdenfeindlichen, rassistischen und sozialdarwinistischen Positionen konstatieren. Die anti-muslimischen Proteste in Dresden seien dementsprechend ein „Spiegel der Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft“ (Begrich 2014).

hang abbildet und dabei nach deren (milieuspezifischer) Übersetzung ins Alltagsbewusstsein fragt.<sup>3</sup> Die gesellschaftlichen Erschütterungen, die von der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/2009 und der sich daran anschließenden europäischen Schuldenkrise ausgingen, werden als Verdichtungspunkt einer bereits seit den späten 1960er Jahren aufgebauten und vom Neoliberalismus nie wirklich überwundenen Überakkumulations- und Regulationskrise des globalen Kapitalismus begriffen. Die Entwicklung von Ressentiments und rechtspopulistischen Bewegungen in Europa lässt sich insofern auch als Symptom dieser langfristigen Strukturkrise begreifen, die die Legitimation der bürgerlich-parlamentarischen Demokratien untergräbt (vgl. Bischoff/Detje/Lieber/Müller/Siebecke 2010, S. 102 ff.; Castel 2001; Sennett 1998).

Im Zentrum des vorliegenden Papiers steht die überblicksartige Darstellung empirischer Befunde zur Verbreitung und Entwicklung von Ressentiments in der Bundesrepublik im Zeitverlauf (der letzten 10 bis 15 Jahre) und deren Einordnung in unterschiedliche Phasen und Dimensionen gesellschaftlicher Krisendynamik. Damit dominiert eine eher deskriptive Perspektive. Auf dieser Grundlage werden abschließend Erklärungsansätze aus der aktuellen Forschungsliteratur diskutiert und einige allgemeine politische Schlussfolgerungen formuliert.

Grundlage der Argumentation ist die Auswertung einer Reihe von repräsentativen Umfragen und Verlaufsstudien zum Thema Ressentiments und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Neben Analysen des Instituts für Demoskopie Allensbach wurden insbesondere drei quantitative Untersuchungen aus dem Jahr 2014 ausgewertet. Diese schreiben sowohl Elemente der 2011 abgeschlossenen Langzeitstudie «Deutsche Zustände» (Bielefeld) als auch Fragestellungen der sogenannten «Mitte»-Studien im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung fort und führen diese teilweise zusammen – jeweils mit etwas unterschiedlichen Forschungsdesigns und eigenständigen repräsentativen Erhebungen (Zick/Preuß 2014; Decker/Kiess/Brähler 2014; Zick/Klein 2014). Zur Verdeutlichung langfristiger Trends und zur vertiefenden Diskussion möglicher Erklärungen für die Ausprägung und Verbreitung von Ressentiments wird zudem auf die umfangreiche Sekundärauswertung von Bernd Sommer «Prekarisierung und Ressentiments» aus dem Jahr 2010 und eine Reihe weiterer Untersuchungen zurückgegriffen, die auch qualitative Forschungsdesigns einschließen (Sommer 2010; Butterwegge/Hentges 2008; Brinkmann/Dörre/Röbenack 2006; Vester u.a. 2001).<sup>4</sup>

Um die Einordnung der Empirie zu erleichtern, soll im Folgenden zunächst ein Deutungsrahmen umrissen werden, der eine Reihe von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik benennt, die für die hier behandelte Fragestellung relevant erscheinen. Um die These einer möglichen Gegenläufigkeit zwischen der Repräsentanz von rechtspopulistischen Tendenzen im politischen System und Ressentiments bzw. rechtsextremen Einstellungen auf der Ebene des Alltagsbewusstseins diskutieren zu können, beginne ich mit einer kurzen Skizze aktueller Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis (Kapitel 2). In einem zweiten Schritt wird, anschließend an jüngere Umfragen und Bewusstseinsstudien, der Versuch unternommen, die gesellschaftliche Stimmungslage zu charakterisieren, die der zurzeit relativ stabilen Dominanz der bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik zugrundeliegt. Dies wird verknüpft mit einer Darstellung von Befunden aus der Sozialstrukturanalyse sowie der Arbeits- und Geschlechtersoziologie zur Entwicklung der sozialen Lagen und alltäglicher Krisenerfahrungen (Kapitel 3). Darauf aufbauend werden schließlich die Ergebnisse der genannten empirischen Untersuchungen zu Ressentiments und rechtsextremen Einstellungsmustern vorgestellt und in der Forschungsliteratur präsentierte Erklärungsansätze diskutiert (Kapitel 4 bis 9).

Vorab noch ein Wort zur Begriffsbestimmung: Mit «*Ressentiments*» wird, entsprechend dem vorherrschenden Gebrauch in den Sozialwissenschaften, die gefühlsmäßig starke Abneigung gegen bestimmte Gruppen aufgrund der pauschalen Zuschreibung von Schuld für erlittene Frustrationen oder Angst vor Statusverlust bezeichnet. Folgt man der Langzeituntersuchung «Deutsche Zustände» von Wilhelm Heitmeyer u.a., so lässt sich dahinter ein generelleres Syndrom der «*gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*»

---

<sup>3</sup> Eine solche Sicht ist im Umfeld der Rosa Luxemburg Stiftung in den letzten Jahren u.a. entlang von Begriffen wie „Vielfachkrise“, „große Krise“ oder „organische Krise“ diskutiert worden (vgl. etwa Demirovic/Dück/Becker/Bader 2011). Mit Blick auf historisch-empirische Klassen- und Milieu-Analysen liegt eine integrierte Sicht auf relative Autonomie *und* Gesamtzusammenhang der ausdifferenzierten Felder gesellschaftlicher Praxis auch dem Ansatz von Michael Vester u.a., auf den im Abschlusskapitel Bezug genommen wird, zugrunde (vgl. Vester u.a. 2001). Die hier entwickelte Sicht schließt implizit an diese Debatten an, ohne die an sie geknüpften theoretisch-konzeptionellen Fragen im Einzelnen zu diskutieren.

<sup>4</sup> Die hier präsentierten Interpretationen sind teilweise aus Diskussionen in der AG Umfragen und Alltagsbewusstsein der Rosa Luxemburg Stiftung unter Leitung von Horst Kahrs hervorgegangen. Danken möchte auch den Teilnehmer\_innen eines Colloquiums im Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, das mir Gelegenheit bot, einen Zwischenstand der Arbeit zu diskutieren.

kenntlich machen (Heitmeyer u.a. 2011). Es basiert auf der Annahme einer radikalen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschengruppen und einer Überhöhung der Wir-Identitätskonstruktion durch die phantasiegesättigte Abwertung «Anderer». Zum Teil wird in der Forschungsliteratur auch der Begriff der *«rechts-extremen Einstellungen»* in diesem allgemeinen Sinne definiert (Sommer 2010, S. 24 ff.). Hier sind damit, anschließend an die Leipziger «Mitte»-Studien, etwas spezifischer Ideologiefragmente gemeint, die entlang von sechs Dimensionen operationalisiert werden, namentlich: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, (National-)Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie ausländerfeindliche, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen.

Alle drei Konzepte – Ressentiments, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen – beschreiben zunächst nur Meinungsäußerungen bzw. subjektive Haltungen, die sich nicht notwendiger Weise in ein bestimmtes (politisches) Handeln übersetzen. Sie sind als latente und widersprüchliche Tendenzen mit sehr unterschiedlichen Ausprägungen im Alltagsbewusstsein auch solcher Gruppen präsent, die sich von ihrer politischen Selbsteinschätzung und ihrem Wahlverhalten her eher der Mitte zuordnen. Der Begriff des *«Rechtspopulismus»* bezieht sich dagegen spezifischer auf ein Spektrum innerhalb des politischen Feldes, das sich etwa über die Kombination eines bestimmten «populistischen» Politikstils (z.B. Ansprache «des Volkes» im Gegensatz zu «den Eliten» durch eine charismatische Führerfigur) mit bestimmten ideologischen Grundelementen (z.B. exkludierende Solidarität, Autoritarismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) eingrenzen lässt. Rechtspopulistische Akteure verorten sich politisch in der Regel zwischen extrem rechten/faschistischen Gruppierungen und traditionell-konservativen Spektren (Spier 2010, S. 18 ff.).

Anzumerken ist zudem, dass Umfragen und Sozialstudien natürlich nie «das» *Alltagsbewusstsein* abbilden, sondern lediglich eine selektive und methodisch mehr oder weniger gut kontrollierte Annäherung darstellen. Das gilt insbesondere für quantitative Untersuchungen, wie sie im Hauptteil dieses Textes im Vordergrund stehen. Sie fragen immer nur einzelne, in der Regel aus vorhergegangenen Interviews heraus destillierte, typische Aussagen ab, rekonstruieren aber nicht den subjektiven Sinnzusammenhang, in dem diese jeweils stehen. Angesichts dieser methodisch bedingten Grenzen der Erkenntnisbildung, fließen ergänzend auch qualitative Studien in die Auswertung ein. In jedem Fall gilt: Das Alltagsbewusstsein ist ein der Forschung nur begrenzt zugänglicher Kosmos. Es bleibt über weite Strecken implizit und muss vor allem praxistauglich sein. Es setzt sich zu erheblichen Anteilen aus sinnlich-intuitiven Elementen des «Habitus» (Bourdieu) zusammen – das gilt insbesondere auch angesichts der, besonders in den jüngeren Jahrgängen, hochgradig ästhetisierten und unter starkem Inszenierungs- und Konkurrenzdruck stehenden Alltagskultur der Gegenwart. Diesen subtileren Dimensionen von Ressentiments im Alltagsbewusstsein wäre an anderer Stelle weiter nachzugehen (Lill 2011a, 2011b; Herkommer 2004; Ege 2013).

## **2. BÜRGERLICHE HEGEMONIE UND BRUCHSTELLEN IM HERRSCHENDEN PARTEIENBLOCK**

Mit Blick auf die *Ebene des politischen Systems* lässt sich zunächst festhalten: Die These einer generellen «Rechtsverschiebung» ist, auch bezogen auf die parlamentarische und zivilgesellschaftliche Sphäre, zu pauschal. Wir haben es eher mit einer Ausdifferenzierung innerhalb des rechten Lagers, neuen, politisch heterogenen Bewegungen und einem Trend zur Fragmentierung und wachsenden Instabilität der Parteienlandschaft zu tun. Darin drücken sich u.a. bereits seit langem zu beobachtende Prozesse der Erosion stabiler politischer Lagerbindungen und Legitimationsverluste der etablierten Parteien aus, die im Zuge der aktuellen Krisenkaskaden lediglich weiter verstärkt werden. Dabei handelt es sich aber – wie im Folgenden klar werden sollte – keineswegs um eine lineare und nur nach rechts führende Entwicklung.

Besonders deutlich treten die Legitimationsverluste des politischen Systems zutage, wenn wir auf Europa insgesamt blicken: Hier zeigen sich wachsende Schwierigkeiten des austeritätspolitischen Blocks, der vor allem von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien getragen wird, rechtspopulistische und rechtsextreme Tendenzen einzubinden.<sup>5</sup> Teilweise spektakuläre Erfolge rechtspopulistischer Parteien gab es bemerkenswerter Weise zuletzt vor allem in weniger akut krisenbetroffenen Staaten Nord- und Westeuropas – besonders dramatisch in Frankreich und England. Zudem zeichnen sich in Teilen Osteuropas, wo die nach 1989 etablierten Parteiensysteme mehrheitlich instabil, korruptionsanfällig und schwach legitimiert geblieben sind und linke Parteien kaum eine relevante Rolle spielen, bedrohliche Entwicklungen ab.

---

<sup>5</sup> Zur Erklärung rechtspopulistischer Erfolge aus der Verschärfung des strukturellen Repräsentationsdefizits und der wachsenden Bedeutung von Zwangsmaßnahmen anstelle von Mechanismen der Hegemonieproduktion durch Konsensbildung im Rahmen der Etablierung eines europäischen Austeritätsregimes vgl. Huke/Triandafilidou 2012.

Das gilt insbesondere für Ungarn, wo Staat und öffentliche Ordnung mehr und mehr die Konturen eines manifest-autoritären Regimes annehmen (wohlgermerkt unter der Regie einer Partei, die Teil der bürgerlichen Fraktion im EU-Parlament ist).<sup>6</sup> Dem standen allerdings, teilweise ähnlich spektakuläre, Zugewinne linker Parteien vor allem in Südeuropa gegenüber, von denen einige erst jüngst aus den Massenprotestbewegungen gegen die Folgen der Austeritätspolitik heraus gegründet wurden. Diese teils viel versprechenden Re-Organisierungsprozesse der Linken, in denen sich auch neue produktive Verbindungen zwischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Bewegungen ergeben, lassen sich insbesondere in Griechenland, Spanien und Portugal beobachten (Candeias/Völpel 2014).

In langfristiger Perspektive und mit Blick auf Westeuropa lassen sich, etwa im Anschluss an eine Untersuchung von Tim Spier, drei Phasen des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien unterscheiden, die sich teils aus älteren rechtsextremistischen Spektren, teils aus Abspaltungen des bürgerlichen Parteienblocks formierten: Bis Mitte der 1980er Jahre, also in einer Zeit, in der die neokonservativen und neoliberalen Antworten auf die seit 1973 manifest gewordenen Stagnationstendenzen noch mit klassisch sozialdemokratischen Gegenstrategien und starken (neuen) sozialen Bewegungen auf der Linken zu ringen hatten, verblieb der Rechtspopulismus noch in einer Position der relativen Marginalität. Von Mitte der 1980er bis Ende der 1990er Jahre, als sich in den nord- und westeuropäischen Staaten eine deutliche Tendenzwende nach rechts vollzog während die meisten südeuropäischen Länder noch einen Prozess der Demokratisierung und nachholenden Entwicklung durchliefen, folgte eine Phase des breiteren Durchbruchs rechtspopulistischer Parteien bei Wahlen (so etwa in Frankreich 1984, in Österreich 1986, in Belgien 1988, in Norwegen 1989 und in Italien 1991). Seit Ende der 1990er Jahre, also in der Zeit der Durchsetzung der neu-sozialdemokratischen Programmatik eines «Dritten Weges» und begleitet vom Mobilisierungszyklus der Globalisierungskritik, ist schließlich eine Etablierung des Rechtspopulismus – teilweise auch durch Regierungsbündnisse mit bürgerlichen Parteien – zu beobachten (Spier 2010, S. 27 ff.). Vieles spricht dafür, dass Europa mit der Krise seit 2007/08 in eine vierte Phase der weiteren Stärkung, Ausdifferenzierung und Neumischung rechtspopulistischer Parteien eingetreten ist (Bischoff/Gauthier/Müller 2014; Forschungsgruppe Europäische Integration 2012; RLS-Paper Januar 2012).

Auch in Deutschland – mit einer derzeit vergleichsweise stabilen bürgerlichen Hegemonie – zeigen sich Bruchstellen im herrschenden Parteienblock, die keineswegs auf den einfachen Nenner einer generellen Rechtsverschiebung zu bringen sind: Der Aufstieg der AfD zeigt an, dass es der CDU/CSU, aber auch den anderen etablierten Parteien und insbesondere der implodierenden FDP, zunehmend schlechter gelingt, wertkonservative, orthodox-marktradikale und national orientierte Wählergruppen zu binden. Das gilt überdurchschnittlich stark für die mittleren Jahrgänge zwischen dem 40. und 60. Lebensjahr und finanziell relativ gut gestellte Haushalte (vgl. Kahrs 12/2014; Kahrs/Hoff 2014). Dies ist ein für rechtspopulistische Parteien durchaus nicht selbstverständlicher Befund, immerhin ist oft genug nachgewiesen worden, dass beispielsweise die österreichische FPÖ oder der französische Front National stark überdurchschnittlich von Angehörigen der Arbeiterklassen und dabei insbesondere von vielen Menschen im Rentenalter, aber auch aus der jüngeren Generation unter 30 gewählt werden (Spier 2010). Die besonders prekarierten und von der Sozialdemokratie politisch nicht mehr repräsentierten Milieus scheinen dagegen in der Bundesrepublik noch immer mehrheitlich eher zur Wahlenthaltung als zur Unterstützung rechtspopulistischer Parteien zu tendieren (Petersen/Hierlemann/Vehrkamp/Wratil 2013; Klatt/Walter 2011).

Hinter dem rechten Ausscheren wohl situierter und voll im Berufsleben stehender Konservativer steht offensichtlich einerseits die Kritik an Merkels europäischer Krisenpolitik: Die Angst vor einer Transferunion zugunsten der vermeintlich verschwenderischen «PIIGS»-Staaten<sup>7</sup> und einer generellen Lockerung der Fiskal- und Geldpolitik, die auf Kosten deutscher Sparer und Steuerzahler gehe. Andererseits handelt es sich um Absetzbewegungen in Reaktion auf die ideologisch-kulturelle Modernisierung von Teilen der Unionsprogrammatik, z.B. in der Familien- und Gleichstellungspolitik oder in der Einwanderungspolitik (Allensbach 10/2014). Hinzu kommen Zugeständnisse wie die Einführung des Mindestlohns, die auf erbitterte Ablehnung in Teilen des Unternehmerlagers, besonders des Mittelstands, stoßen.

Zu den Umschichtungen im rechten Lager gehört schließlich die derzeitige Schwäche der organisierten Rechtsextremen, parteipolitisch v.a. in Gestalt der kriselnden NPD, die mit dazu beiträgt, dass sich auch

---

<sup>6</sup> Hinzu kommt, dass weite Teile der südöstlichen Flanke Europas von einem zunehmend gewalttätig eskalierenden Konflikteppich durchzogen sind. Dieser reicht bis in die zerfallenden Staaten des nahen und mittleren Ostens und des Kaukasus hinein und wird von zahlreichen ethno-nationalistischen Fraktionen und regionalen Gewaltunternehmern angeheizt.

<sup>7</sup> Die abfällige Bezeichnung „PIIGS“ steht als Abkürzung für die von der Schuldenkrise besonders stark betroffenen Länder Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien.

einige Neonazi-Kader auf neue, breiter anschlussfähige Bündnisse und Politikformen einlassen (Virchow 2015).

Neben diesen programmatisch und parteipolitisch begründeten Neumischungsprozessen im rechten Lager dürften die Wahlerfolge der AfD allerdings auch durch ein deutlich schwerer einzuschätzendes, weil diffuseres Protestpotential getragen sein. Darauf verweisen etwa die zur AfD führenden Wählerwanderungen aus dem Lager der Nichtwähler\_innen oder der Kleinstparteien sowie auch von den etablierten Parteien des linken Lagers, einschließlich der Partei DIE LINKE (Kahrs 12/2014, S. 3).

Trotz der Schwierigkeiten der Union, ihre konservative Wählerklientel – insbesondere auf landes- und kommunalpolitischer Ebene – zu mobilisieren, ist die Macht der Kanzlerin in den letzten Jahren weiter gefestigt worden. SPD, Grüne und LINKE haben in der Summe deutlich an Stimmenanteilen verloren. Rot-Rot-Grün, erst Recht als umfassenderes Transformationsprojekt, ist, trotz des Experiments Thüringen, im Bund derzeit nicht nur politisch, sondern auch rein wahlarithmetisch unwahrscheinlich (Kahrs 9/2014, 7/2014). Die internen Verschiebungen, die v.a. zwischen 2005 und 2007 von der SPD zur neu gegründeten LINKEN zu beobachten waren und die 2011 auch den Grünen historische Umfragerekorde bescherten, sind teilweise rückverlagert worden. Eine breitere Mobilisierung aus dem Lager der Nichtwähler\_innen, und hier insbesondere der im politischen System massiv unterrepräsentierten prekären Soziallagen, ist bisher nicht gelungen. Die SPD hat sich vor dem Hintergrund leichter programmatischer Korrekturen auf niedrigem Niveau stabilisiert und konnte insbesondere das gewerkschaftliche Umfeld wieder stärker an sich binden. Sie bleibt aber fest eingespannt in den herrschenden Block unter Merkel. Die vor der Bundestagswahl 2013 geschürten Hoffnungen auf eine Erneuerung des sozialdemokratischen Profils unter Sigmar Gabriel haben sich im Laufe des vergangenen Jahres zerschlagen (von Lucke 2015). Die Grünen öffnen sich nach dem Scheitern des verteilungspolitisch ausgerichteten Wahlkampfes 2013 noch weiter zu gehobenen bürgerlichen Milieus und Koalitionsoptionen mit der CDU/CSU. DIE LINKE hat sich zwar deutlich oberhalb der 5%-Schwelle und auch in weiten Teilen Westdeutschlands etabliert, leidet aber (insbesondere in den östlichen Stammregionen) an Überalterung und bleibt in der – einkommensstatistisch betrachtet wieder leicht anwachsenden – Arbeitnehmermitte und den gewerkschaftlich organisierten Stammebelegschaften nur schwach verankert. Die Probleme der Partei spiegeln sich auch darin, dass es weder gelingt, die von der SPD enttäuschten Wählergruppen und die teilweise politisch revitalisierte Gewerkschaftsbasis (vormals vor allem von der WASG angesprochen) dauerhaft zu binden, noch das von der Piratenpartei und teilweise den Grünen mobilisierte Wählerpotential in den hoch qualifizierten, jüngeren Milieus in größerem Umfang anzusprechen (Kahrs 10/2014). Außerparlamentarische Mobilisierungs- und Organisationsprozesse, etwa im Rahmen des Blockupy-Bündnisses, sprechen zwar für das gewachsene Vertrauen und die Bündnisfähigkeit zwischen unterschiedlichen politischen Spektren der Linken – auch zwischen Partei- und Bewegungsaktiven, bis hinein in linksradikale Gruppen. Die viel beschworene «Mosaik-Linke» bleibt aber dennoch hoch fragmentiert und strahlt bisher nur punktuell über den Kreis der «üblichen Verdächtigen» hinaus. Das «verbindende» (Kipping/Riexinger 2013) scheint noch immer hauptsächlich negativ bestimmt zu sein: In der Ablehnung des neoliberalen Kapitalismus und – dies bleibt gerade in historischer Perspektive positiv hervorzuheben – im gemeinsamen Abwehrkampf nach rechts.

### **3. ECHOS DER KRISE UND DIE SOZIALE NAHWELT ALS ORT DES SCHUTZES VOR DEM STURM**

Dieser Konstellation einer aktuellen Konsolidierung der Dominanz des bürgerlichen Lagers trotz erheblicher Brüche und Umschichtungen im politischen System, liegt eine *gesellschaftliche Stimmungslage* zugrunde, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 vom Rheingold-Institut pointiert als «bedrohtes Paradies» beschrieben worden ist. Es herrsche das Gegenteil von Wechselstimmung: Die diffuse «Sehnsucht nach einer permanenten Gegenwart», einer Politik, die Stabilität und Schutz vor den in ihrer Vielzahl und Tiefe kaum fassbaren Krisensymptomen in Europa und der Welt verspricht. Die eigene Situation wird von einer Mehrheit der Befragten als relativ gut beschrieben, persönlich sei man wieder deutlich optimistischer als in den Jahren der Arbeitsmarktkrise und der Agenda 2010 nach der Jahrtausendwende. Die Menschen zögen sich mehrheitlich in ihren Alltag und ihre sozialen Nahweltbeziehungen zurück.<sup>8</sup> Familie und Freunde, aber auch individuelle Kompetenzen zur Reproduktion des lebensweltlichen Zusammenhangs gelten als wichtigster

---

<sup>8</sup> In der Trendforschung spricht man auch von „Cocooning“, zu Deutsch: Sich Einspinnen und Verpuppen. Der Begriff ist dabei auch mit einer spezifisch urbanen Idealisierung des Landlebens verknüpft und wird als Gegenstück zu „Clan-ning“, der Suche nach Gruppenzugehörigkeit, verwendet (Hartmann 2011).

Sicherheitsanker in einer Welt, in der, so die vorherrschende Wahrnehmung, Gerechtigkeitswerte immer weiter erodieren (Rheingold 2013).

In eine ähnliche Richtung wies bereits 2009, also auf dem Höhepunkt der Rezession, eine Analyse des Instituts für Demoskopie Allensbach unter dem Titel «entspannter Fatalismus». Die persönliche Lage und Perspektive schätzte die deutliche Mehrheit der Befragten – trotz der Erwartung einer weiteren Krisenverschärfung und ausgeprägten Ohnmachtsgefühlen (besonders gegenüber der EU-Ebene) – als relativ stabil ein. Das galt, wenig überraschend, besonders für mittlere und höhere Einkommenslagen. Prägend sei nahezu durchgängig ein starkes Gefühl der Überforderung angesichts der Komplexität der ökonomischen und gesellschaftlichen Problemlagen. Auch die Politik wurde überwiegend als überfordert und machtlos eingeschätzt. «Auf Sicht fahren» galt den meisten Befragten, trotz einer durchaus weit verbreiteten Systemkritik, im Vorfeld der Bundestagswahlen daher als vernünftige Strategie der Kanzlerin (Allensbach 8/2009). Auch die Studie «Deutsche Zustände» aus dem Jahr 2010 benannte das Phänomene einer weit verbreiteten «Aufspaltung der Realität» in eine positiv wahrgenommene soziale Nahwelt und eine pessimistische Sicht auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen (Heitmeyer 2010, S. 17).

Diese – über die großen politischen Lager hinweg als relativ einhellig beschriebene – Grundstimmung kann sich sowohl politisch, wie auch auf der Ebene des Alltagsbewusstseins, sehr unterschiedlich äußern. Während die Rheingold-Untersuchung eine neue Aggressivität von Ressentiments und standortnationalistischen Argumenten in Teilen des rechten Lagers diagnostizierte, unterstrichen Probanden, die sich links der Mitte verorten, gerade im Angesicht der wachsenden Sorge vor einem entfesselten Kapitalismus ihre Solidaritätsbereitschaft. Und nicht weniger als 81% der Befragten waren der Meinung, soziale Gerechtigkeit solle das primäre Ziel der Bundesregierung sein.

Hinter diesem Stimmungsbild – das angesichts der internationalen Krisenprozesse vermutlich nicht dauerhaft stabil bleiben dürfte – steht auf der Ebene der *sozio-ökonomischen Entwicklung* eine im europäischen Vergleich untypische und asynchrone Dynamik (Lehndorff 2014). Deutschland erlebte 2009 zwar einen scharfen ökonomischen Kriseneinbruch, v.a. in der exportorientierten Industrie, aber das Finanzsystem blieb relativ stabil und es gab, anders als etwa in Spanien, auch keine Immobilienkrise oder massive Einbrüche der Legitimation des politischen Systems. Vor dem Hintergrund konjunktur- und arbeitsmarktpolitischer Interventionen schlug die Weltwirtschaftskrise nur schwach und vorübergehend auf den Arbeitsmarkt und damit die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung durch. Es folgte eine schnelle Stabilisierung der Ökonomie und eine Fortschreibung des bereits vor der Krise begonnen Beschäftigungsaufbaus – nun auch abgestützt durch einen Stopp des langjährigen Trends zu Reallohnverlusten, eine bescheidene Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und im Ergebnis eine stabilere Binnennachfrage.

Dennoch vorhandene akute Krisenkosten wurden in hohem Maße auf bereits prekarierte Milieus abgewälzt, z.B. durch den (vorrübergehenden) Abbau von Leiharbeitskräften oder weitere Verschlechterungen der Bedingungen in Teilen des Dienstleistungssektors, so etwa dem – vor allem Frauen beschäftigenden – Einzelhandel. In der Breite weiterhin spürbar ist zudem die Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge, besonders auf kommunaler Ebene und im Gesundheits- und Pflegebereich. Trotz wichtiger Erfolge stadtpolitischer Bewegungen bei der Re-Kommunalisierung privatisierter Infrastrukturunternehmen und einer konjunkturbedingt leichten Entspannung der Finanzlage der Kommunen, ist gerade diese für den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders zerstörerische Krisenfolge durch die Festschreibung austeritätspolitischer Leitlinien auf Dauer gestellt worden (Stichwort «Schuldenbremse»). Auch die Zuspitzung der Mietenproblematik und die Verdrängung der ärmeren Bevölkerungsschichten aus den Innenstädten sind mit den zaghaften Regulierungsinitiativen der vergangenen Jahre nicht einmal abgebremst worden (Holm 2014).

Daneben lassen sich auch wachsende alltägliche Belastungen im Bereich der relativ gesicherten Normalarbeit feststellen: Vor allem durch interne Flexibilisierung und eine permanente Reorganisation in den Unternehmen. Ähnlich wie hinsichtlich der Unterfinanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, wird auch diese Dimension alltäglicher Krisenerfahrungen von den Betroffenen als schleichender Prozess und Dauerzustand beschrieben (Detje u.a. 2011, 2013). Diese Krisenerfahrungen im Alltagsbewusstsein werden weniger mit dem kurzen Konjkturereinbruch 2009 oder der europäischen Staatsschuldenkrise ab 2010/2011 in Zusammenhang gebracht, als vielmehr mit der generellen Entfesselung kapitalistischer Märkte. Innerhalb dieser langfristigeren Verunsicherungsprozesse erscheint die Agenda 2010-Politik (v.a. «Hartz IV») in den Jahren zwischen 2000 und 2005 als Katalysator und Symbol einer neuen sozialen Kälte in den Räumen des Öffentlichen, die teils scharf kritisiert wird, teils aber auch als Nebenwirkung einer bitteren, aber offenbar wirksamen Medizin gilt.

Nach der Phase der kapitalistischen Entfesselung und beschleunigten Umverteilung zugunsten von Unternehmen und Vermögensbesitzern (die in einigen südeuropäischen Staaten erst seit 2009 – und dann umso radikaler – zum vollen Durchbruch kam), setzte in Deutschland im Aufschwung 2006/2007 hinsichtlich der Einkommensverteilung und der beruflichen Statuspositionen eine relative Stabilisierung der mittleren sozialen Lagen ein. Ihrem Umfang nach wuchsen die mittleren Einkommenslagen in der Bundesrepublik, während der Anteil der prekären oder unmittelbar von Armut betroffenen Haushalte und in geringerem Maße auch der oberen Mittelschicht leicht zurück ging (Vester 2014). Trotz der Verunsicherungen infolge der Finanzkrise und der auf die Sparrücklagen drückenden Niedrigzinsphase, hat der persönliche Optimismus, der in den Umfragen zu Tage tritt, in der Breite der mittleren sozialen Milieus also durchaus ein handfestes Fundament.

Diese materielle Stabilisierung verband sich in weiten Teilen der Arbeitnehmermitte allerdings mit einer Fortschreibung und teilweise Verschärfung von langfristig aufgebauten *Krisen der betrieblichen Partizipation und der lebensweltlichen Reproduktion*.

Dahinter stehen zum einen radikale Vermarktlichungsstrategien der Unternehmen (Shareholder Value, Outsourcing, Kostensenkung, Arbeitsintensivierung etc.), die zu erhöhtem – und durch indirekte Steuerung zunehmend in die einzelnen Subjekte hinein verlagertem – Druck und entgrenzten Verfügbarkeitsansprüchen führen (Sauer 2013). Die Ursachen dieser Belastungen erscheinen in der Regel kaum identifizierbar, gründen in Finanz- und Weltmarktdynamiken, die weitgehend außerhalb des Handlungs- und sogar Reflexionsradius' der betrieblichen Akteure, aber auch der, unter gewerkschaftlichen Vertrauensleuten als korumpiert wahrgenommenen, Politik stehen (Detje u.a. 2011, 2013). Diese Entfremdungserfahrungen wiegen heute umso schwerer, als die Erwerbsarbeit in zunehmendem Maße mit Sinnstiftungs- und kreativen Selbstverwirklichungsansprüchen aufgeladen wird: Subjektivierung erwächst auch aus einer intrinsischen und potenziell emanzipatorischen Motivation, die zum Ausgangspunkt für Strategien einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft werden kann (Sauer/Nies 2012; Fricke/Wagner 2012).

Auf der anderen Seite erodieren die, neben der Erwerbsarbeit, anderen beiden Säulen des deutschen Reproduktionsmodells weiter: Die sozialstaatliche Absicherung von Lebensrisiken und – auch als Folge wachsender Frauenerwerbstätigkeit und neuer individueller Verwirklichungsansprüche – die bis heute tendenziell patriarchalisch geprägte Rollenverteilung in der Kleinfamilie (Jürgens 2012). Im Ergebnis werden zwar tradierte Statushierarchien teilweise aufgebrochen, lebens- und arbeitsweltliche Autonomie- und Partizipationsforderungen sind gewachsen. Zugleich nehmen aber Erschöpfungskrisen zu, die Zahl psychischer Erkrankungen steigt seit Jahren rasant an (Neckel/Wagner 2014). Dabei tragen nach wie vor Frauen die Hauptlast der Reproduktionsarbeit und insbesondere Kinder sind zum Armutrisiko und häufig auch zur Bremse für die gesellschaftliche Partizipation der Eltern geworden.

Solche Krisen in den privaten Nahweltbeziehungen und in der Erwerbsarbeit sind infolge der Entgrenzung von Arbeit und Leben wechselseitig immer enger verflochten. Angesichts der strukturellen – und sogar verstärkten – Dominanz von Kapitalverwertungsinteressen und damit einer mehr oder weniger ausgeprägten Unterordnung des Lebens unter die Dynamiken des Lohnarbeitssystems, lassen sich die aus dieser Konstellation erwachsenden Konflikte und Widersprüche aber subjektiv nur begrenzt in ihrem lebensweltlichen Gesamtzusammenhang thematisieren oder gar lösen. Die institutionalisierten Regulationsformen und Handlungsanforderungen in und außerhalb der Erwerbsarbeit bleiben in hohem Maße gegeneinander selbstständig und vielfach auch in sich autoritär-hierarchisch verknöchert bzw. demokratisch entleert. Die Politik zeigt sich bisher wenig sensibel für diese konkreten Krisenerfahrungen im Alltag.

Die nur sehr begrenzten Erfolge linker Mobilisierungsprozesse dürften vor diesem Hintergrund auch eine Folge davon sein, dass sich die subjektivierten Krisensymptome – die nicht unbedingt als realer sozialer Statusverlust erlebt werden – im Alltagsbewusstsein nur sehr schwer in das einordnen lassen, was auf politischer Bühne und in den Debatten der Linken als polit-ökonomische Krise im europäischen Kontext verhandelt wird. Diese Krise «da draußen», in der es um Finanzmärkte und Staatsschulden geht (Streeck 2013), erscheint den meisten Menschen noch immer als weitgehend «virtuell» (Allensbach 8/2009), spricht: sie findet vor allem in den Medien statt, ihre Akteure bleiben schemenhaft und wirken ohnehin getrieben. Die Stärke der deutschen Ökonomie und das europäische Krisenmanagement der Kanzlerin scheinen dagegen einen Schutzwall zu bilden, den es zu verteidigen gilt. Dennoch sind Erfahrungen der Verunsicherung sozialer Identitäten, des weltanschaulichen Orientierungsverlustes und der politischen Ohnmacht bis weit hinein in die mittleren sozialen Lagen virulent.



«Krise» ist bei alledem kein bloß objektiver Zustand – weder in der Erwerbsarbeit, noch im Bereich der individuellen und sozialen Reproduktion, noch mit Blick auf die etablierte Politik. Sie gründet vielmehr auf dem Widerspruch zwischen wachsenden subjektiven Ansprüchen und faktischer Einschränkung von Partizipationschancen für eine Mehrheit der Menschen. Die enttäuschten Ansprüche auf Individualitätsentwicklung, Solidarität und echte Demokratie, die sich historisch mindestens bis zu den Kämpfen der Neuen Linken zu Beginn der Krise des fordistischen Kapitalismus zurückverfolgen lassen (Lill 2013a), produktiv aufzunehmen, bleibt die zentrale – und bisher ungelöste – Aufgabe linker Politik.

Damit sind in groben Zügen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen skizziert, vor deren Hintergrund die aktuellen empirischen Befunde zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Einstellungsmustern in Deutschland interpretiert werden sollen.

#### **4. EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR ENTWICKLUNG VON RESSENTIMENTS IM ZEITVERLAUF**

Wie einleitend bereits betont, kann – auf Basis der hier ausgewerteten Untersuchungen – bisher keine Rede sein von einem breiten Dammbrechungsressentimentgeladener Stimmungen im Alltagsbewusstsein der Bundesbürger\_innen. Es lässt sich, trotz zum Teil uneinheitlicher Entwicklungen, sogar eine leicht rückläufige Tendenz seit ca. 2006/07 und insbesondere im Laufe der letzten 2 bis 3 Jahre konstatieren – durchkreuzt von einem vorübergehenden Anstieg einer ganzen Reihe von feindseligen Einstellungsmustern auf dem Höhepunkt der ökonomischen und (europa-)politischen Krisenprozesse zwischen 2009 und 2011. Eine Zunahme von verschiedenen Varianten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen zeigt sich dagegen – nach einer früheren Hochphase Anfang bis Mitte der 1990er Jahre<sup>9</sup> – zwischen 2002 und 2005/06, also im Zenit der Arbeitsmarktkrise und der neoliberalen Politik unter Rot-Grün.<sup>10</sup> Der relative Rückgang der Ressentiments – wenn auch auf weiterhin hohem Niveau – verläuft also etwa parallel zu der, ebenfalls um die Mitte des Jahrzehnts anzuesiedelnden, Stabilisierung am Arbeitsmarkt und in der Entwicklung der Einkommenslagen. Auf politischer Ebene fällt dies zusammen mit dem Ende der Agenda-Politik, dem Gründungsboom der LINKEN zwischen 2005 und 2007 und der beginnenden Revitalisierung der Gewerkschaften. Die seit dem Kriseneinschnitt 2009 – trotz des Niedergangs der FDP – weiter ausgebaute Dominanz des rechten, bürgerlichen Lagers im politischen System, die jüngsten Erfolge der AfD oder die öffentliche Diskussion um den Anstieg der Einwanderungs- und Flüchtlingszahlen haben an diesem – grundsätzlich erfreulichen – Gesamttrend (bisher) offenbar nur wenig geändert.

Diese Tendenz kann sich bei einem neuerlichen Konjunkturreinbruch oder einer Eskalation der Krise in Europa aber sicherlich schnell wieder umkehren. Zudem bleibt abzuwarten, ob die – mit der AfD und Bewegungen wie «Pegida» gewachsene – Repräsentanz rechtspopulistischer Positionen in der Öffentlichkeit rückwirkend auch die Ressentiments im Alltagsbewusstsein verstärken wird. Aktuelle Umfragen, die darauf hinweisen, dass rund die Hälfte aller Bundesbürger Verständnis für die Positionen von «Pegida» habe (in 30% der Fälle sogar «voll und ganz»), lassen dies durchaus befürchten (ZEIT-Online/YouGov 12/2014). Letztlich wird darüber aber die weitere öffentliche Auseinandersetzung entscheiden. Und die ist, wie die durchaus zahlreichen – auch aus der Mitte der Gesellschaft kommenden – zivilgesellschaftlichen und politischen Initiativen gegen Rassismus und Ausgrenzung und die bisher überwiegend klar kritische Kommentierung in den Medien zeigen, noch offen. Tatsächlich repräsentieren die Akteure des politischen und medialen Feldes nie lediglich schon vorhandene Bewusstseinsverhältnisse, sondern sie stellen diese im Prozess der Repräsentation aktiv mit her, transformieren sie fortlaufend – aber häufig auch schubweise in Phasen des offenen Ausbruchs aufgestaunter Widersprüche. Wir stehen in der Bundesrepublik, so die hier zu-

---

<sup>9</sup> Vgl. hierzu die Sekundärauswertung der Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (Sommer 2010, S. 126 ff.).

<sup>10</sup> Es sei daran erinnert, dass auch die „Unterschichtendebatte“ im Jahr 2006 einen ersten Höhepunkt erreichte. Der viel diskutierten Veröffentlichung der Friedrich Ebert Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“ im Herbst 2006 waren bereits stark ästhetisierte „Kulturkämpfe“ in bürgerlichen Medien und populärkulturellen Formaten vorausgegangen: Ein Kristallisationspunkt war um das Jahr 2005 beispielsweise der unter Jugendlichen durchschlagende kommerzielle Erfolg einer deutschsprachigen und stark von Ressentiments durchsetzten Variante des Gangsta Rap, dominiert vor allem von jungen migrantischen Männern, etwa aus dem Umfeld des Labels „Aggro Berlin“ (Lill 2011a). Rückblickend betrachtet markierte die „Unterschichtendebatte“ einerseits eine neue Aggressivität in der öffentlichen Artikulation von Ressentiments gerade in der sozialen Mitte und in bildungsbürgerlichen Milieus. Andererseits war sie auch Ausgangspunkt für eine Verbreiterung kritischer Debatten über soziale Exklusions- und Abwertungsprozesse und eine in der Öffentlichkeit wachsende Sensibilität für die zerstörerischen Folgen der Zunahme und Verfestigung sozialer Spaltungen.

grunde liegende Einschätzung, noch immer relativ am Anfang einer solchen, durch die große Koalition und die Harmonie-Inszenierungen der Kanzlerin auch politisch überdeckten und vertagten, Umbruchphase. Die begonnen Auseinandersetzungen, etwa um die Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingen oder den weiteren Umgang Europas mit der Schuldenkrise in Südeuropa (insbesondere in Griechenland), dürften zu Weichenstellungen mit langfristiger Wirkung führen. Es ist daher dringend abzuraten von einer linken Untergangsrhetorik, die suggeriert, der Rechtspopulismus sei als einziger möglicher Krisengewinner ohnehin schon ausgemacht. Diese – womöglich eher aus inneren Deutungs- und Mobilisierungsschwierigkeiten der Linken zu erklärende – Wahrnehmung wirkt lähmend und könnte schlimmstenfalls zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden.

#### 4.1 Entwarnungsmeldungen vom Bodensee?

Besonders deutlich fallen die Befunde des *Instituts für Demoskopie Allensbach* aus: So betont Renate Köcher in ihrer Analyse zum Wählerpotential der AfD aus dem Oktober 2014 etwa, Ressentiments gegen Einwanderer hätten tendenziell abgenommen (Allensbach 10/2014). Es herrsche – trotz Besorgnis über wachsende Flüchtlingsströme – bisher überwiegend eher Gelassenheit. Das gelte gerade im Vergleich zu den 1990er Jahren. Zuwanderung gilt inzwischen einer Mehrheit der Bürger\_innen zwar nicht unbedingt als wünschenswert oder erfreulich, aber doch als arbeitsmarktpolitisch notwendig (der entsprechende Zustimmungswert hat seit 2004 kontinuierliche von 27% auf heute 53% zugenommen). Auch eine Allensbach-Analyse aus dem Februar 2014 betont die ungewöhnliche Kombination aus wachsender Aufmerksamkeit und zunehmender Gelassenheit hinsichtlich der seit rund vier Jahren wieder deutlich zunehmenden Einwanderung: Nur noch 18% – ein auch bis Ende 2014 stabil bleibender Wert (ebd. 12/2014) – lehnten diese offen und pauschal ab (2004 waren es noch 42%). Auch Versuche einer rechtspopulistischen Stimmungsmache würden derzeit nur bei einer Minderheit verfangen: So habe etwa die Anfang des Jahres wesentlich von der CSU mit angestoßene Debatte um die Arbeitnehmerfreizügigkeit für rumänische und bulgarische Staatsbürger\_innen den Umfragen zufolge im Ergebnis sogar zu deren wachsender Akzeptanz geführt (ebd. 2/2014).<sup>11</sup> Bis Ende des Jahres 2014 hat die Wahrnehmung wachsender Zuwanderungszahlen von 45% auf 72% erheblich zugenommen (ebd. 12/2014). Fast 60% berichten, dass in ihrer Region in letzter Zeit neue Flüchtlinge untergebracht worden seien, wobei jede/r Dritte den Eindruck hat, dies schaffe Probleme, etwa angesichts fehlenden Wohnraumes. Rund ein Viertel der Befragten zeigt sich sogar prinzipiell bereit, Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Jeweils weitere 25% sind in dieser Frage unentschieden oder würden im Gegenteil Initiativen für Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nähe unterstützen. Die Mehrheit der Befragten plädiert zudem für eine strenge Begrenzung des Asylrechts auf politisch Verfolgte: 87% unterstützen eine Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, aber 54% sind grundsätzlich dagegen, auch Menschen Asyl zu gewähren, die fliehen, weil ihnen in ihrer Heimat die materielle Existenzgrundlage genommen wurde. Diese bedenklich hohen Ablehnungswerte liegen allerdings unter denjenigen, die 1992, also zur Zeit des berühmten «Asylkompromisses» und im Schatten der ausländerfeindlichen Pogrome während der Nachwenderezession, gemessen wurden (damals waren 37% der Befragten bereit, Initiativen gegen Asylunterkünfte zu unterstützen).

Eine Allensbach-Analyse von Thomas Petersen aus dem Mai 2013 kommt zudem zum Ergebnis: «Rechtsextremisten sind heute so isoliert wie seit mindestens zwanzig Jahren nicht mehr.» Rechtsextremismus werde, auch vor dem Hintergrund des NSU-Prozesses, von deutlich mehr Bürgern als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen als Linksextremismus. Es gebe auch generell keine Hinweise, dass Ressentiments in den letzten Jahren zugenommen hätten (ebd. 5/2013).

Allerdings sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Allensbach-Analysen überwiegend von einer wohlwollend-optimistischen Interpretation der Daten zu Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen geprägt sind.<sup>12</sup> So finden sich etwa pauschale Aussagen wie: «Die Extremisten blieben zu jedem Zeitpunkt eine kleine, isolierte Minderheit.» Dies gelte selbst für die 1990er Jahre. Im internationalen Vergleich zeigten sich die Deutschen generell relativ einwanderungsfreundlich und aufgeschlossen gegenüber anderen Kulturen, was auch Ausdruck eines starken Harmoniebedürfnisses sei (ebd. 3/2008). Länderübergreifend vergleichende Untersuchungen, wie etwa die 2009 veröffentlichte Studie «Europäische Zustände» und der 2011 erstellte Bericht «Abwertung der Anderen», kommen dagegen zu dem Ergebnis, dass sich Deutsch-

<sup>11</sup> Die Bielefelder Untersuchung „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ kommt hier zu einer etwas anderen Einschätzung. Auch sie weist aber – verglichen mit den Werten von 2011 – einen Rückgang der Zustimmungswerte zu abwertenden Aussagen über Sinti und Roma aus (Zick/Klein 2014, S. 79 ff.)

<sup>12</sup> Auch die extremismustheoretische Rahmung ist höchst kritikwürdig. Sie unterstellt eine strukturelle Ähnlichkeit von Links- und Rechtsextremismus, indem sie auch der radikalen Linken pauschal eine Unterscheidung zwischen „wertvollen“ und „schädlichen“ Menschen andichtet (Allensbach 5/2013).

land, trotz der zuletzt relativ guten Konjunkturentwicklung, mit Blick auf die Ausprägung von Ressentiments im europäischen Mittelfeld bewegt (Zick/Küpper/Wolf 2009; Zick/Küpper/Hövermann 2011).<sup>13</sup>

Auch die politische Einordnung der Befunde durch das Allensbacher Institut bleibt strittig: Die Erfolge der AfD werden lediglich als nachholende Entwicklung und Angleichung an eine europäische «Normalität» interpretiert, nicht aber als Teil einer neuen Phase in der krisenhaften Umstrukturierung des Parteiensystems insgesamt. Die Chancen der AfD, sich im politischen Parteiensystem zu etablieren, werden als recht hoch eingeschätzt, weil die Partei von den allermeisten Wähler\_innen mit einem scharfen inhaltlichen Profil identifiziert werde (v.a. Begrenzung der Zuwanderung, Abschaffung des Euro und Stärkung der nationalen Politik gegenüber der EU). Diese Positionen seien zwar keineswegs mehrheitsfähig, aber Anhängerschaft und Sympathisant\_innen stehen laut den Allensbach-Umfragen relativ geschlossen hinter diesen Forderungen. Sie identifizierten die AfD, anders als die Bevölkerungsmehrheit, darüber hinaus auch mit mehr Bürgerbeteiligung, innerer Sicherheit, der Vertretung von Wirtschafts- und insbesondere Mittelstandsinteressen, kinderfreundlicher Familienpolitik und sozialer Gerechtigkeit. Es handele sich insofern keineswegs um bloße «Protestwähler\_innen». Allerdings sprechen die starken Wählerwanderungen im Verlaufe der Wahlen 2013 und 2014 gegen eine allzu stabile Parteibindung (Kahrs 12/2014).

Generell vertritt Thomas Petersen vom Allensbacher Institut die These, der seit Anfang der 1980er Jahre zunächst relativ kontinuierlich zunehmende Ansehensverlust zentraler politischer Institutionen und der politischen Klasse insgesamt, kehre sich seit ca. 2005 tendenziell um. Auf dem Höhepunkt der politökonomischen Krisenprozesse zwischen 2009 und 2011 sei diese Trendwende zwar durchbrochen worden. Sie setze sich seither aber umso deutlicher fort (Allensbach 3/2014; Petersen/Hierlemann/Vehrkamp/Wratil 2013). Das gelte allerdings nicht für die unteren Einkommensschichten, in denen sich – vor dem Hintergrund eines verbreiteten «Statusfatalismus» und insbesondere bei Jüngeren – eine steile Abnahme des Interesses an Politik feststellen lasse (ebd. 8/2011, 12/2009; hierzu auch: Klatt/Walter 2011).

Auch die Kritik an der EU ist laut Allensbach nach einer – eher moderaten – Zunahme auf dem Höhepunkt der europäischen Schuldenkrise 2011, wieder zurückgegangen. Dabei bestätige sich ein langfristig beobachtbares Muster, wonach das Vertrauen in die europäische Politik relativ eng an die Konjunkturentwicklung geknüpft sei. Die dominierende Haltung sei zwar nach wie vor eher skeptisch-distanziert, die Wahrnehmung der europäischen Politik aber auch profilierter geworden: Sowohl negative als auch positive Zuschreibungen (z.B. Intransparenz einerseits und Friedenssicherung andererseits) hätten im Verlaufe der Eurokrisen-debatte zugenommen. Die Bereitschaft, rigorose Maßnahmen gegenüber hoch verschuldeten Staaten wie Griechenland zu unterstützen, sei gegenüber 2011 wieder rückläufig (ebd. 3/2014; 7/2013; 10/2011).

Trotz solcher – in ihrer Einordnung z.T. durchaus diskussionswürdiger – Entwarnungsmeldungen, verdeutlichen die Allensbach-Umfragen aber auch hoch problematische Entwicklungstendenzen im Alltagsbewusstsein einer Mehrheit der Bürger\_innen: So unterstreicht die Analyse zum Thema Einwanderung aus dem Frühjahr 2014 etwa, dass Integrationsprobleme überwiegend auf Defizite und mangelnde Anpassungsbereitschaft bestimmter Einwanderungsgruppen zurückgeführt würden. Sie erschienen dagegen kaum als zentrale Aufgabe der Politik und der deutschen Gesellschaft insgesamt (ebd. 2/2014). Bereits eine Analyse aus dem Frühjahr 2008 hatte dies festgestellt. Trotz wachsender Gelassenheit beim Thema Einwanderung («nur» noch 53% waren damals der Meinung, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland, 1984 behaupteten das noch 79%), forderten die Befragten offensiver als in früheren Untersuchungen Integrations- und Anpassungsbereitschaft von den Zugewanderten. Das Konzept «deutsche Leitkultur» sei eindeutig en vogue: Ganze 78% der Befragten machten es sich 2008 zu Eigen, nur 15% waren dagegen (2000 betrug das Verhältnis noch 61% zu 27%). Auffällig war auch, dass der Eindruck, die Einwanderung produziere große Probleme in den Schulen, deutlich zugenommen hatte (von 49% 1997 auf 67% 2008).

Darüber hinaus arbeiten mehrere Allensbach-Analysen aus den letzten Jahren die enorme Verbreitung islamophober Einstellungen heraus (ebd. 11/2012; 5/2006). So unterstellen jeweils sehr deutliche Mehrheiten dem Islam eine generelle Neigung zu Fanatismus, Frauenbenachteiligung, Gewaltbereitschaft oder missionarischem und politischem Einflussstreben. Nur sehr wenige assoziieren den Islam auch mit Nächstenlie-

---

<sup>13</sup> Der Indexwert für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit liegt demnach in Deutschland zwar sehr deutlich unterhalb der Werte für Ungarn und Polen, aber etwas höher als in Frankreich und deutlich höher als in den Niederlanden – ein angesichts der Erfolge des Front National und von Geert Wilders „Partei der Freiheit“ durchaus bemerkenswerter Befund, der erneut unterstreicht, dass zwischen der Ausprägung von Ressentiments im Alltagsbewusstsein und der Stärke rechtspopulistischer Parteien keineswegs ein automatischer Zusammenhang besteht (Zick/Küpper/Hövermann 2011, S. 84).

be, Wohltätigkeit oder Toleranz – Eigenschaften, die vor allem dem Christentum zugeschrieben werden. Eine relative Mehrheit ist der Meinung, es finde bereits ein «Kampf der Kulturen» (Huntington) statt, wenn auch mit derzeit abnehmender Tendenz (2004: 48%; 2008: 58%; 2012: 34%). Nur 22% stimmten 2012 der Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Wulff zu, der Islam gehöre zu Deutschland, 64% lehnten sie ab. Allerdings nähmen auch die persönlichen Kontakte zu Muslimen zu und dies wirke sich signifikant zugunsten einer Überwindung von Vorurteilen aus. Von solchen Kontakten mit Menschen muslimischen Glaubens im Bekanntenkreis berichtet gleichwohl noch immer nur gut ein Drittel der Befragten (in Ostdeutschland nur 13%), unter den Jüngeren, die das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, sind es immerhin 44%. Insgesamt scheint, den Allensbach-Analysen zufolge, in den letzten Jahren auch bei der Islamfeindlichkeit eine leichte Entspannung eingetreten zu sein (eine Einschätzung, der etwa von der jüngsten «Mitte»-Studie aus Leipzig allerdings widersprochen wird, siehe dazu Kapitel 4.2). Noch 2006 wurde dagegen auch vom Allensbacher Institut eine deutliche Zunahme negativer Zuschreibungen diagnostiziert. 40% waren damals dafür, die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland stark einzuschränken, um Extremismus zu verhindern. Das gemessene Niveau der Ressentiments gegen Muslime bleibt in jedem Fall sehr hoch. Das rechtspopulistische Potential dieser Vorurteile kann dementsprechend durch politische Entwicklungen, wie aktuell die medialen Debatten über den IS, leicht aktiviert werden.

## 4.2 Die Entwicklung «gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit»

Das Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) wird in dem unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer entwickelten Forschungsansatz des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) als Ausdruck einer generellen Ideologie der Ungleichwertigkeit verstanden. Ethnische Zugehörigkeitsvorstellungen und Ressentiments gegen Einwanderer sind demnach nur eine mögliche Variante der GMF, die sich auch auf andere sozial verwundbare, weil strukturell diskriminierte Gruppen beziehen kann.

Folgt man den drei aktuellen Untersuchungen aus Bielefeld und Leipzig, so ist die Zustimmung zu ressentimentgeladenen Aussagen, verglichen mit den letzten Jahren, mehrheitlich deutlich zurückgegangen. Sie bewegt sich aber teilweise weiterhin auf einem hohen Niveau. Das gilt insbesondere für eine Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Asylbewerbern, Sinti und Roma sowie Muslimen: Die Zustimmungswerte zu feindseligen Aussagen bewegen sich hier jeweils bei ca. 20 bis 25%, in Einzelfällen auch noch deutlich darüber und weisen teilweise auch eine wieder steigende Tendenz auf.<sup>14</sup>

Die in Bielefeld erstellte Studie *«ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit»*, die auf einer repräsentativen Befragung zwischen November 2013 und Januar 2014 basiert, stellt teilweise eine (reduzierte) Fortschreibung der 2011 nach 10 Jahren abgeschlossenen Langzeituntersuchung *«Deutsche Zustände»* dar. Sie weist – deutlicher noch als die anderen beiden, etwas später durchgeführten Untersuchungen – für die letzten Jahre einen relativen Rückgang aller abgefragten Ressentiments aus (Zick/Preuß 2014).<sup>15</sup>

Eine systematischere Darstellung der Entwicklung der GMF-Indikatoren findet sich in der Ende 2014 ebenfalls vom IKG-Bielefeld veröffentlichten Studie *«Fragile Mitte – Feindselige Zustände»* (Zick/Klein 2014, S. 61 ff.). Im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung wurde darin eine neuerliche Erhebung aus den Sommermonaten 2014 mit Ergebnissen aus der Langzeituntersuchung *«Deutsche Zustände»* einerseits und den (bis dato nur an der Universität Leipzig erstellten) *«Mitte»*-Studien andererseits zusammengeführt. Auch hier wird für die meisten Facetten der GMF ein deutlicher Rückgang gegenüber 2011 konstatiert.

Grundsätzlich lassen sich auf Basis der Untersuchung *«Deutsche Zustände»* Varianten der GMF mit etwas unterschiedlichen Verlaufsformen unterscheiden: In den Jahren 2002 bis 2005 nahmen demnach vor allem Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechte, ab 2003 auch die Islamfeindlichkeit zu, während die meisten anderen gemessenen Werte sich auf einem relativ konstanten Niveau bewegten. Besonders auffällig

---

<sup>14</sup> Anmerken lässt sich, dass Ressentiments vielfach nicht direkt abgefragt werden, sondern Aussagen zur Bewertung angeboten werden, die auf Elemente einer GMF schließen lassen. Ein Beispiel ist folgende Aussage, der über 40% der Befragten zustimmen: „Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.“ (Zick/Preuß 2014, S. 37)

<sup>15</sup> Die Studie erhebt weiterhin einige der etablierten Indikatoren für GMF, macht also auch deren Entwicklungen im Zeitverlauf nachvollziehbar. Die Daten werden allerdings nicht entsprechend aufbereitet. Die *«ZuGleich»*-Publikation von Zick/Preuß, die eine Zwischenbilanz des Projektes darstellt, bildet nur den aktuellen Stand der Zustimmungswerte ab. Angaben zum Zeitverlauf basieren daher im Folgenden auf einem Abgleich mit den Daten der letzten Ausgabe der Untersuchung *«Deutsche Zustände»* aus dem Jahr 2011 sowie den anderen beiden aktuellen Publikationen aus Leipzig und Bielefeld (siehe hierzu auch Kapitel 3.3 sowie Decker/Kiess/Brähler 2014; Zick/Klein 2014).

war dabei die kontinuierliche Zunahme der Fremdenfeindlichkeit bei jenen, die sich der politischen Mitte zuordneten, wobei dies deutlich mit zunehmenden Abstiegsängsten und sozialen Bedrohungsgefühlen korrelierte. In den Jahren 2006 bis 2009 nahmen die meisten der gemessenen Facetten der GMF tendenziell ab, eine Ausnahme bildete die 2006 weiter ansteigende Islamophobie. Zwischen 2009 und 2011, also auf dem Höhepunkt der ökonomischen Krisenprozesse und der Schuldenkrise in Europa, zeigte sich bei der Mehrheit der Indikatoren für GMF wieder ein Anstieg, besonders signifikant 2010 bei den Etabliertenvorrechten und erneut der Islamophobie sowie 2011 beim Rassismus und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen. Bis 2014 ging die Zustimmung zu den meisten der abgefragten Aussagen wieder zurück, besonders deutlich im Falle der Fremdenfeindlichkeit, bei der die Zustimmungswerte von 32,3% auf 20% gesunken sind.

Hinsichtlich dieses allgemeinen Befunds decken sich die Ergebnisse der drei Studien weitgehend. Mit Blick auf die Entwicklung bestimmter Ressentiments und das Ausmaß der Zustimmung zu einzelnen Aussagen ergeben sich allerdings erhebliche Abweichungen. Der Leipziger Umfrage aus dem Frühjahr 2014 zufolge, lassen sich – gegenläufig zum Gesamttrend – eine signifikante Zunahme von Antiziganismus, eine verstärkte Abwertung von Asylbewerbern und auch eine wieder steigende Islamfeindlichkeit feststellen. So votierten in der Befragung des Leipziger Teams nicht weniger als 76% gegen eine großzügige Prüfung von Asylanträgen (2011 waren es nur 26%) und 55% unterstellten, die meisten Asylbewerber\_innen würden in ihrer Heimat keine wirkliche Verfolgung fürchten (2011 meinten das 47%) (Decker/Kiess/Brähler 2014, S. 51). Diese Werte sind deutlich höher als diejenigen, die in den beiden Bielefelder Studien ausgewiesen werden: In deren Erhebungen zum Jahreswechsel 2013/2014 sowie aus dem Sommer 2014 ergaben sich Zustimmungswerte von 35% bzw. 38% gegen eine großzügige Prüfung von Asylanträgen sowie zunächst 22%, ein halbes Jahr später dann 42% gegen die Glaubwürdigkeit der meisten Asylanträge. Bei allen – vermutlich auch methodisch bedingten – Abweichungen, die zur Vorsicht hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Daten mahnen, zeigen sich also durchaus Indizien für eine Zunahme der Ressentiments gegen Asylbewerber während des ersten Halbjahres 2014 (Zick/Preuß 2014, S. 37; Zick/Klein 2014, S. 67). Dazu passt, dass Pro Asyl bis November rund 220 flüchtlingsfeindliche Aufmärsche im Jahr 2014 gezählt hat (Detje 2014). Nach Zick/Klein lässt sich gegenüber den Werten von 2011 allerdings nur eine sehr deutliche Ausnahme zur mittelfristig abnehmenden Tendenz bei der GMF beobachten: Das – weniger gruppenspezifisch formulierte – Beharren auf Etabliertenvorrechten habe, ähnlich wie bereits in der Befragung von 2010, gegenüber dem vergleichsweise moderaten Wert von 2011 wieder erheblich zugenommen (von 31,1% auf 38,1%). Dies wird, vor dem Hintergrund der gewachsenen öffentlichen Sensibilisierung durch die NSU-Prozesse und verstärkten Anstrengungen in der politischen Bildungsarbeit, als Hinweis gedeutet, «dass sich die Vorurteile nicht verflüchtigen, sondern verstecktere, subtilere und normativ weniger klare Kanäle suchen.» (Zick/Klein, S. 83)

Zudem ist, das sei nochmals betont, ein Rückgang von empirisch feststellbaren Ressentiments (auch jenseits möglicher methodischer oder epistemologischer Einwände) nicht gleichbedeutend mit einer schwindenden Relevanz rechtspopulistischer Bewegungen. Im Rückblick auf ein «entsichertes Jahrzehnt» resümierte in diesem Sinne schon die Untersuchung «Deutsche Zustände» von Ende 2011: «Das rechtspopulistische Potential ist kleiner geworden, ist aber gleichzeitig ein größeres Problem, weil: die politische Entfremdung zunimmt, die parteipolitische Integration schwindet, die Protestbereitschaft wächst und die Gewaltbereitschaft steigt.» (IKG 2011, S. 14)

#### 4.3 Der «Extremismus der Mitte» im Wandel

Auch hinsichtlich der verschiedenen Dimensionen rechtsextremistischer Einstellungen diagnostiziert sowohl das Bielefelder als auch das Leipziger Team einen deutlichen Rückgang gegenüber 2012 (im Falle der Bielefelder Erhebung gilt das allerdings nur mit der Ausnahme des Wertes zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, der von 3,5% auf 4,1% angestiegen sei). Besonders deutlich zurückgegangen sind demnach die Ausländerfeindlichkeit, der Chauvinismus (hier im Sinne von Forderungen nach einer offensiven Durchsetzung «nationaler Interessen») und der klassische Antisemitismus (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2014; Zick/Klein 2014).<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Die jüngste Untersuchung des Leipziger Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung stellt unter dem Titel „Die stabilisierte Mitte“ eine eigenständige Fortschreibung der seit 2002 alle zwei Jahre publizierten „Mitte“-Studien dar. Diese geben v.a. Auskunft über die Veränderung der Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen im Zeitverlauf (Ost und West) sowie in Korrelation zu ausgewählten sozio-ökonomischen Merkmalen und Parteipräferenzen. Allerdings werfen die Daten erneut die Frage nach möglicher Weise methodisch bedingten Verzerrungseffekten auf. So weichen etwa die Werte zu Ausländerfeindlichkeit, trotz gleichlautender Fragen, zwischen der

Die Daten untermauern, ähnlich wie im Falle der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, mehrheitlich die These eines relativ parallelen Verlaufs zwischen ökonomischen Krisentendenzen (bzw. ihrer öffentlichen Wahrnehmung) und der Zunahme rechtsextremer Einstellungen. Das zeigen etwa die Verlaufskurven zum Chauvinismus und zur Ausländerfeindlichkeit, zum Antisemitismus, Sozialdarwinismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus: Mehrheitlich stagnierten diese Werte über Schwankungen und leichte Abweichungen hinweg von 2002 bis 2006. 2008, also nach zwei Jahren des Konjunkturaufschwungs und der Entspannung am Arbeitsmarkt, gingen die Werte fast durchgängig zurück (eine Ausnahme bildete hier der Antisemitismus). Der Konjunkturereinbruch des Jahres 2009 und die Eskalation der europäischen Krisendynamik in den darauffolgenden Jahren gingen dagegen mit tendenziell zunehmenden Werten bis 2010, teilweise auch bis 2012, einher. Danach sank die Zustimmung zu allen genannten Dimensionen des Rechtsextremismus wieder deutlich. Auch die manifest rechtsextremen Einstellungen – ein Indexwert, der quer zu den einzelnen Dimensionen gebildet wird und anzeigt, wie viele Befragte allen erhobenen Varianten des Rechtsextremismus zustimmen – folgen im Wesentlichen diesem Muster: Die Zustimmungswerte fallen zunächst von knapp 9,8% (2004) auf 7,6% (2008), steigen dann bis 2012 wieder auf 9%, um 2014 auf 5,6% (bzw. im Falle der Bielefelder Erhebung sogar auf 2,4%) abzufallen.

Zugleich stellt die Bielefelder «Mitte»-Studie aber auch heraus, dass rund die Hälfte aller Befragten 2014 der Ansicht sei, das Problem Rechtsextremismus werde in den Medien hochgekocht und es sei am besten, die Rechtsextremen zu ignorieren. Nur eine Minderheit fühle sich auch persönlich in der Verantwortung, etwas gegen Rechtsextremismus zu unternehmen (Zick/Klein 2014, S. 55).

Dennoch ist das Fazit verhalten optimistisch und unterstreicht die Wirksamkeit politischer und pädagogischer Aufklärungsarbeit: Während die Leipziger Forscher die relativ enge Koppelung der Zustimmungswerte an konjunkturelle Entwicklungen betonen, verweisen Zick/Klein zur Einordnung der jüngsten Entspannungstendenzen bei rechtsextremen Einstellungen vor allem auf die stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Gefahren des militanten Rechtsextremismus. Hintergrund hierfür seien die Debatten um den NSU-Prozess und das NPD-Verbotsverfahren sowie eine Intensivierung der präventiven politischen Bildungsarbeit. Damit ist die Frage nach Einflussfaktoren für die Ausprägung von Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen aufgeworfen.

## **5. EINFLUSSFAKTOREN, HALTUNGEN UND DEUTUNGSMUSTER**

Aufbauend auf der Übersicht über die Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen im Zeitverlauf kommen wir im Folgenden zur Diskussion der in den hier ausgewerteten Studien empirisch festgestellten Einflussfaktoren und deren theoretisch-konzeptioneller Einordnung. Dabei soll erneut auf die zweite Leitfrage nach einer krisentheoretischen Einordnung von Grundstrukturen und Entwicklungstendenzen des Alltagsbewusstseins unterschiedlicher sozialer Gruppen eingegangen werden. Der Fokus liegt dabei einerseits auf Prozessen der Vermarktlichung und andererseits auf deren Übersetzung in Krisen der individuellen und sozialen Reproduktion bzw. der These einer subjektiven Aufwertung von sozialen Nahrungbeziehungen im Rahmen eines Wandels von Familie und Geschlechterverhältnissen.

Zunächst arbeiten beide Untersuchungen eine Reihe von statistischen Korrelationsverhältnissen heraus. Diese beziehen sich erstens auf sozial-demographische Merkmale und Parteipräferenzen und zweitens auf Haltungen und Deutungsmuster, die eine Ausprägung von Ressentiments wahrscheinlicher erscheinen lassen. Solche Korrelationen sind nicht mit kausalen Ursache-Wirkungs-Verhältnissen zu verwechseln. Signifikante Häufungen in der Kombination bestimmter Merkmalstypen sind für sich genommen lediglich Hinweise auf mögliche Zusammenhänge. Zur Annäherung an reale Strukturen und Dynamiken des Alltagsbewusstseins und deren soziale Einbettung bedarf es ergänzend sowohl qualitativer Empirie, also der exemplarisch-verdichtenden Rekonstruktion subjektiver Sinnzusammenhänge, als auch theoretisch angeleiteter Interpretationsarbeit.

---

Leipziger und Bielefelder Erhebung erheblich voneinander ab (nach einer Zustimmung von 25,1% im Jahr 2011 kommt die Leipziger Studie nun zu einem Wert von 18,1%, während die Bielefelder Autoren einen spektakulären Rückgang auf nur noch 7,5% feststellen). Die Gründe für derart starke Abweichungen im Einzelfall, die vermutlich nicht allein dadurch zu erklären sind, dass die Bielefelder Erhebung einige Monate später stattgefunden hat, werden in den aktuellen Veröffentlichungen leider nicht systematisch erörtert.

## 5.1 Sozial-demographische Einflussfaktoren und Parteipräferenzen

Hinsichtlich der Verteilung von Ressentiments zwischen unterschiedlichen sozial-demographischen Merkmalsgruppen, bestätigen die hier ausgewerteten Untersuchungen einige seit vielen Jahren immer wieder ausgewiesene Korrelationsverhältnisse. So erweisen sich etwa *höheres (in einigen Fällen aber auch niedriges) Alter* und vor allem ein *geringer formaler Bildungsgrad* als Variablen, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wahrscheinlicher machen (Zick/Preuß 2014).

In der Leipziger «Mitte»-Studie zeigen sich auch erneut deutliche *Ost-West-Unterschiede*: Mehrheitlich sind die Werte in Ostdeutschland höher und weisen – über sehr ausgeprägte Fluktuationen hinweg – teilweise auch deutliche Steigerungen bis 2012 auf: Besonders signifikant bei der Ausländerfeindlichkeit (was durch den geringen lebensweltlichen Kontakt mit Migrant\_innen erklärt wird) sowie beim Chauvinismus und, zwischen 2008 und 2012, bei manifest rechtsextremen Einstellungen. Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus fallen dagegen im Osten durchschnittlich etwas geringer aus, gleichen sich aber tendenziell dem Westniveau an. Hierzu lässt sich anmerken: Die Untersuchung «Deutsche Zustände» hat auf der Grundlage von Regressionsanalysen begründet, dass die Ost-West-Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes von Ressentiments und Rechtsextremismus in erster Linie durch akute soziale Problemlagen erklärbar seien. So sei beispielsweise in von Abwanderung betroffenen Regionen im Westen das Niveau gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vergleichbar hoch wie in ostdeutschen Abwanderungsregionen (Sommer 2010, S. 175).

Die Leipziger «Mitte»-Studie nennt zudem *Erwerbslose* als signifikant überrepräsentierte Gruppe, ein Befund der in der Forschungsliteratur allerdings durchaus nicht unumstritten ist. So kommt etwa Bernd Sommers Sekundärauswertung der ALLBUS-Daten, des SIREN-Projekts<sup>17</sup> und der Untersuchung «Deutsche Zustände» (bis 2008) zu dem Ergebnis, es lasse sich – anders als bei der Wahl rechtspopulistischer Parteien – *kein* besonders ausgeprägter statistischer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit oder Angst vor Arbeitslosigkeit und dem Niveau rechtsextremer Einstellungen feststellen (Sommer 2010, S. 288). Dies spricht in jedem Fall gegen die in der Forschung lange diskutierte Einschätzung, es handele sich bei den Hauptträgergruppen von Ressentiments und rechtspopulistischen Bewegungen generell um materiell benachteiligte und sozial ausgegrenzte «Modernisierungsverlierer» (zur empirischen Überprüfung und Differenzierung dieser These vgl. Spier 2010). Pointiert arbeitet demgegenüber die Studie «Deutsche Zustände» von 2010 unter dem Stichwort «rohe Bürgerlichkeit» die These heraus, dass im Kontext der Krise gerade unter höheren Einkommensschichten eine Zunahme von Ressentiments zu beobachten sei (Heitmeyer 2010). Zwar bleibt auch nach diesen Befunden die Erfahrung bzw. die Angst vor (materiellem) Statusverlust eine Ressentiments stark begünstigende Variable. Faktische Exklusion vom Arbeitsmarkt führt aber sicherlich nicht automatisch zu einer höheren Anfälligkeit für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und stabile materielle Verhältnisse schützen umgekehrt auch keineswegs vor der Verinnerlichung abwertender Einstellungen. Hier spielen offensichtlich Milieuunterschiede und ideelle Formen der Verunsicherung eine zentrale Rolle (vgl. hierzu die Kapitel 6 bis 8).

Für die hier diskutierte Fragestellung sind auch die Befunde der Bielefelder Untersuchungen von Interesse, wonach die Differenzen in der Merkmalsverteilung zur GMF und zu rechtsextremen Einstellungen zwischen den *Geschlechtern* tendenziell zurückgehen – ein Befund, dem, bezüglich rechtsextremer Einstellungen, allerdings die Leipziger «Mitte»-Studie widerspricht: Hier waren die Zustimmungswerte, mit Ausnahme des Sozialdarwinismus, bei Männern höher als bei Frauen (Decker/Kiess/Brähler 2014, S. 39). Wie das Bielefelder Team unterstreicht, halten sich auch signifikante Unterschiede in der Ausprägung bestimmter Syndrome: So fänden sich Antisemitismus und Homophobie häufiger bei Männern. Frauen zeigten sich dagegen in etwas mehr Fällen fremdenfeindlich und werteten auch Langzeitarbeitslose häufiger ab (im Falle der jüngsten Befragung aus dem Sommer 2014 gilt das, anders als noch ein halbes Jahr zuvor, auch für Ressentiments gegen Sinti und Roma sowie Obdachlose). Die Ergebnisse zur Verteilung sexistischer Aussagen zwischen den Geschlechtern sind uneinheitlich bzw. deutlich fluktuierend: Waren die Zustimmungswerte in der «ZuGleich»-Untersuchung bei Männern noch deutlich höher, kommt die neueste Analyse zur «Fragilen Mitte» zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass Frauen den sexistischen Aussagen signifikant häufiger zustimmten als die befragten Männer. Abgesehen von der Tatsache, dass diese teilweise erheblich voneinander abweichenden Werte erneut unterstrichen, wie vorsichtig die Statistiken zu interpretieren

---

<sup>17</sup> Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) bietet einen sehr großen, aber zum Thema Ressentiments eher wenig spezifizierten Datenkorpus, der von Sommer für die Jahre 1994 bis 2006 ausgewertet worden ist. Zum europäischen SIREN-Projekt (2002-2003) vgl. die Ausführungen in Kapitel 7 sowie Butterwegge/Hentges 2008; Flecker/Kirschenhofer 2007.

sind: Es bleibt bemerkenswert, dass Aussagen wie «Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen» oder es sei für sie wichtiger, «ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen» bei Frauen ähnlich häufig Zustimmung finden wie bei Männern. Die geschlechterpolitische Reaktion kommt, man erinnere sich an Eva Herman, offensichtlich auch mit weiblichem Gesicht daher.

Frauen beharrten, der «ZuGleich»-Studie zufolge, zudem öfter auf einer Wiederbelebung «deutscher» Tradition und Identität: Solche «Rückeroberungs-Überzeugungen» seien bei Frauen häufiger zu finden, während Männer in der vor einem Jahr durchgeführten Befragung eher auf materiellen Etabliertenvorrechten beharrten (bei der Erhebung im Sommer 2014 waren allerdings auch hier die Zustimmungswerte der Frauen höher).

Möglicher Weise ist die ungleiche Geschlechterverteilung bei Rückeroberungsforderungen ein Hinweis auf nach wie vor geschlechtertypisch unterschiedlich ausgeprägte Sensibilitäten bzw. Verantwortungszuschreibungen hinsichtlich materieller und sozial-kultureller Statuskämpfe. Ein Beispiel hierfür könnte die innerfamiliäre Hauptzuständigkeit von Frauen – insbesondere in traditionaler geprägten Milieus – für den Bildungs- und Erziehungsbereich sein. So werden in den Schulen Konflikte um Integration in besonderer Weise lebensweltlich manifest (siehe hierzu die zuvor angeführten Allensbach-Analysen sowie auch Klatt/Walter 2011). Sie erscheinen dort weniger als Verteilungskonflikte, denn als Kämpfe um Anerkennung unterschiedlicher Werte und Identitäten. Solche Konflikte haben in den letzten Jahren eine zunehmende Politisierung erfahren und bilden, wie die jüngsten Auseinandersetzungen um Schulpolitik zeigen, einen Hauptangriffspunkt neuer rechtspopulistischer und bürgerlich-konservativer Mobilisierungen.<sup>18</sup>

Zwar zeichnen sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen offenbar noch immer durch eine Überrepräsentanz von Männern und oft auch eine aggressive Verteidigung traditioneller Männlichkeitskonstruktionen aus (der charismatische Führer tritt als «starker Mann» und Schutzpatron auf, der die patriarchale Kleinfamilie gegen den Werte- und Disziplinverfall verteidigen soll).<sup>19</sup> Dennoch signalisiert etwa der durchschlagende Erfolg von Marine Le Pen an der Spitze des «Front National» (FN) in Frankreich, dass die männliche Dominanz auch innerhalb des Rechtspopulismus teilweise aufgeweicht wird.

Ähnliches zeichnet sich, zumindest in einigen europäischen Ländern, für die Homophobie ab, die zu Recht als ein konstitutives Merkmal vieler rechtspopulistischer Bewegungen gilt (Müller 2012). Während in Frankreich der FN in den letzten Jahren Massen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe auf die Straßen brachte, beansprucht Geert Wilders, Chef der niederländischen «Partei für die Freiheit» und im Vorfeld der Europawahl offizieller Bündnispartner des FN, seinen demonstrativ schwulen Lebensentwurf gegen den Ansturm des Islam zu verteidigen. Derartige Widersprüche verdeutlichen auch beim Thema Geschlechterverhältnisse die Heterogenität und innere Ambivalenz des heutigen Rechtspopulismus.

Mit Blick auf *jüngere Menschen*, einer für die Perspektiven der unter Überalterung leidenden LINKEN zentralen Bevölkerungsgruppe, fällt vor allem auf, dass Vielfalt und gesellschaftliche Öffnungsprozesse, der «ZuGleich»-Studie zufolge, zwar überdurchschnittlich häufig begrüßt werden (und z.B. auch die Abwertung von Muslimen seltener vorkommt), zugleich aber die Anfälligkeit für ökonomistische Nützlichkeitsideologien besonders stark ausgeprägt ist – und damit insbesondere die signifikant häufige Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen. Demgegenüber sind Etabliertenvorrechte unter Jüngeren weniger anerkannt. Die Leipziger Untersuchung macht bei jungen Menschen unter 30 Jahren zudem eine signifikante Häufung von Sozialdarwinismus, Plädoyers für eine rechtsautoritäre Diktatur und eine Verharmlosung des Nationalsozialismus aus. Bei Ruheständler\_innen fänden sich dagegen häufiger Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Antisemitismus. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die mittleren Jahreshänge zwischen 30 und 60 Jahren, die mehrheitlich voll im Erwerbsleben stehen, bei den jüngsten Landtagswahlen unter den AfD-Wählern überrepräsentiert waren, ist bemerkenswert, dass sie statistisch betrachtet seltener zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen neigen, als Ältere und Jüngere.

---

<sup>18</sup> Beispiele hierfür sind etwa die erfolgreiche Bürgerinitiative gegen längeres gemeinsames Lernen in Hamburg oder aktuelle Debatten um Inklusion – ein zentrales Wahlkampfthema der AfD bei den jüngsten Landtagswahlen. Auch der Streit um neue, auf Anerkennung nicht-heterosexueller Lebensmodelle orientierte Schulbücher in Baden-Württemberg ließe sich anführen.

<sup>19</sup> Die Propagierung patriarchalischer Familienmodelle und Geschlechterkonstruktionen bildet auch ein charakteristisches Merkmal religiös-fundamentalistischer Bewegungen, die in ihrer christlich-evangelikalen Ausprägung auch innerhalb der AfD eine relevante Rolle spielen (grundlegend hierzu: Riesebroth 1990).



Diese demographischen Merkmalsverteilungen könnten, neben der sich darin sicher teilweise ausdrückenden Existenz offen rechtsradikaler Jugendkulturen, ein Hinweis auf die in der Breite stärker prägende Wirkung von Markt- und Wettbewerbsregimen in der Sozialisationserfahrung junger Menschen sein (die Jugendforscher Klaus Hurrelmann und Erik Albrecht sprechen in einer aktuellen Publikation, durchaus wohlwollend, von «Ego-Taktikern», Hurrelmann/Albrecht 2014). Weniger kategorische Zuschreibungen aufgrund der Abstammung, sondern vielmehr die Wahrnehmung von individuellem Erfolg oder Misserfolg – ggf. verkoppelt mit kulturell begründeten Stereotypen – begründen demnach Abwertungen (zur «Erfolgskultur» des Neoliberalismus vgl. Neckel 2008). Häufiger ist bei jungen Menschen auch eine generelle Gleichgültigkeit gegenüber der Situation von Migranten, also offenbar der Eindruck, nicht selbst betroffen zu sein, und auch nicht die Gesellschaft, sondern eben die Einzelnen und ihre Familien in der Pflicht zu sehen (Zick/Preuß 2014).

Dies gilt aber bei weitem nicht für die jüngere Generation insgesamt. Zwar wurden aktuell ernüchternde Umfragen veröffentlicht: Etwa zum zurückgehenden politischen Engagement unter Student\_innen (Füller 2014) oder zur – angesichts wachsender Verunsicherung – weiteren Zunahme einer eher privatistischen Orientierung auf Familie und beruflichen Erfolg unter Jugendlichen (Bullan 2013). Dennoch bleibt daran zu erinnern, dass die Haltung unter Heranwachsenden nicht nur ein überfeiner – und entsprechend sehr volatiler – Seismograph aktueller gesellschaftlicher Stimmungslagen sein dürfte, sondern sich auch noch immer eine überdurchschnittlich hohe Affinität junger Menschen (insbesondere in den modernen Bildungsmilieus) zu linken Positionen feststellen lässt: Ein Potential, das die Partei DIE LINKE offensichtlich vor allem aufgrund von unterschiedlichen politischen Kulturen und zu geringen Partizipationsangeboten bisher nur sehr begrenzt für sich mobilisieren kann (Matuschek/Krähnke/Kleemann/Ernst 2011; Vester 2011).

Die *Parteiorientierungen* erweisen sich als bemerkenswert schwacher Einflussfaktor: Zwar sind die Zustimmungswerte bei Anhänger\_innen rechter Parteien (einschließlich der AfD) nach der aktuellen «Mitte»-Studie aus Leipzig klar überdurchschnittlich. Teils hohe Zustimmungswerte finden sich aber bei den Anhänger\_innen sämtlicher Parteien, einschließlich LINKE und Grüne. Die Werte der LINKEN-Wähler\_innen liegen dabei mehrheitlich leicht unterhalb derjenigen der CDU- und SPD-Wähler\_innen, besonders niedrig ist der Wert zum Sozialdarwinismus, nach oben hin gibt es keine signifikanten Ausschläge (Decker/Kiess/Brähler 2014, S. 41). Ähnliches gilt, einschlägigen früheren Untersuchungen zufolge, auch für die *Gewerkschaften*, in denen sich eine vergleichbar starke Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen findet, wie in der Bevölkerung insgesamt (Fichtner/Stöss/Zeuner 2008).

Insofern unterstreichen die Daten die Einschätzung, dass es nicht nur oder in erster Linie um ein Phänomen der politischen oder sozialen Ränder geht, sondern um einen «Extremismus der Mitte», der mit Abstufungen in allen politischen Lagern und Einkommensschichten vorhanden ist, sich aber nicht notwendiger Weise politisch artikuliert.<sup>20</sup> Die aktuelle Studie aus Bielefeld zur «Fragilen Mitte» verdeutlicht allerdings auch, dass Ressentiments bei Befragten, die sich selbst politisch (eher) links verorten, deutlich geringer ausgeprägt sind. Auch bei jenen, die sich politisch oder sozio-ökonomisch der Mitte zuordnen, sind die Zustimmungswerte unterdurchschnittlich (Zick/Klein 2014, S. 77). Die Daten sprechen also dagegen, die neuen rechtspopulistischen Mobilisierungen umstandslos zu einem Spiegel «der» Einstellungen in «der» Mitte der Gesellschaft zu erklären. Die «Mitte» bleibt höchst ambivalent und umkämpft. Aus analytischer Sicht muss sie in jedem Fall entlang unterschiedlicher Ungleichheitsachsen, Lebenswelten und Bewusstseinslagen differenziert betrachtet werden.

## 5.2 Ressentiments begünstigende Haltungen und Deutungsmuster

Vor allem die «ZuGleich»-Studie thematisiert auch eine Reihe weitergehender Haltungen und Deutungsmuster, die häufig mit Ressentiments einhergehen. Solche Korrelationsverhältnisse liefern Hinweise auf den tragenden Ordnungsrahmen im Alltagsbewusstsein der Befragten.

Dabei ist zunächst festzustellen, dass die Werte zur GMF in den aktuellen Bielefelder Untersuchungen nicht mehr, wie noch in der Langzeitstudie «Deutsche Zustände» bis 2011, systematisch ins Verhältnis gesetzt werden zu Einflussfaktoren wie z.B. ökonomistischen Einstellungen, dem Gefühl der Krisenbedrohung und

---

<sup>20</sup> „Extremismus der Mitte“ wird in den Leipziger Studien im Anschluss an Autoren wie Lipset, Adorno, Geiger und Falter allerdings nicht über ideologische Merkmale, sondern über die gesellschaftliche Lage definiert, analog zur Verankerung des historischen Faschismus im Kleinbürgertum. Diese pointierte Formulierung steht z.T. in einem nicht näher ausgeführten Kontrast zu einigen Ergebnissen der Untersuchung: So wird, wie weiter oben ausgeführt, nicht nur eine breite Streuung von sozialen Lagen deutlich, sondern etwa auch eine Korrelation von rechtsextremen Einstellungen mit Arbeitslosigkeit und niedrigen Bildungsabschlüssen.

sozialen Abstiegsverfahren. Stattdessen wird im «ZuGleich»-Projekt ihr statistischer Zusammenhang zu drei neuen Fragenkomplexen untersucht (jeweils mit vergleichenden Werten zu alteingesessenen Deutschen und Zugewanderten). Einige Ergebnisse in der Übersicht:

*a) Willkommenskultur und Akkulturationsorientierungen (Akzeptanz von Teilhabe und Identität)*

Nur gut ein Drittel der Befragten (ohne Migrationshintergrund) begrüßt eine stärkere Willkommenskultur. Fast ein Drittel lehnt dies offen ab. Ein weiteres Drittel bleibt, wie bei vielen anderen Fragen auch, unentschieden. Gleichgültigkeit oder Ablehnung hinsichtlich einer Willkommenskultur findet sich überdurchschnittlich häufig bei Älteren, aber auch bei Jüngeren unter 35 Jahren.

Demgegenüber fällt auf, dass ein «buntes/vielfältiges» Deutschland in der Befragung relativ hohe Zustimmungswerte erhält (fast 50%; Ablehnung: 25%) und eine Mehrheit es zudem begrüßt, wenn sich Migranten hier zu Hause fühlen (55%). Sogar 83% fänden es wichtig, dass sie vollständig am Leben teilhaben und fast zwei Drittel unterstützen auch einen Kulturerhalt der Eingewanderten.<sup>21</sup>

Zugleich wird aber, ähnlich wie in den zuvor diskutierten Analysen des Allensbacher Instituts, sehr deutlich, dass Anpassungsleistungen ganz überwiegend einseitig von den Migrant\_innen verlangt werden – und kaum von den alteingesessenen Deutschen. Zwar vertreten 58% eine Akkulturationsorientierung der «Integration» (Teilhabe und Kulturerhalt), während «nur» ein knappes Drittel offen für «Assimilation» (Teilhabe ohne Kulturerhalt) plädiert (für Separation, also Kulturerhalt ohne Teilhabe, treten 6,5% ein, für Marginalisierung, d.h. weder Kulturerhalt noch Teilhabe, 4%). Zugleich betont aber eine deutliche Mehrheit der Befragten (55%), nur die Zugewanderten müssten sich an die Deutschen anpassen, nicht umgekehrt (für eine Anpassungen der Deutschen oder eine wechselseitige Annäherung sprechen sich nur rund 15% aus, 30% halten überhaupt keine Anpassungsleistungen für notwendig). Bemerkenswerter Weise gilt Ähnliches auch für Befragte mit Migrationshintergrund, die Zustimmungswerte für eine wechselseitige Öffnung oder Annäherung sind hier nur geringfügig höher. Assimilationsforderungen finden sich besonders oft bei Älteren, unter den Jungen sind Öffnungsforderungen auch gegenüber alteingesessenen Deutschen etwas häufiger zu finden.

*b) Vorrechte und Rückeroberungs-Überzeugungen der Alteingesessenen*

Sehr deutlich wird die Brüchigkeit und Einseitigkeit vorherrschender Integrationsideale auch bei den Fragen nach Etabliertenvorrechten und Rückeroberungs-Überzeugungen: Rund ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, die Zugewanderten sollten sich mit weniger zufrieden geben, während ein weiteres Drittel unentschieden ist – und dies obwohl zugleich 86% für gleiche Rechte plädieren. Zudem fordert eine deutliche Mehrheit von rund 60%, «unsere» deutsche Tradition und Identität wieder stärker zu beleben und in den Mittelpunkt zu stellen.

*c) Zugehörigkeitskriterien (um als «deutsch» zu gelten)*

Dem entsprechend fordert auch fast jeder zweite alteingesessene Deutsche als Kriterium der Zugehörigkeit, sich «deutsch» zu fühlen, während unter den Zugewanderten eher «sich zu Hause fühlen» als emotionales Kriterium betont wird. Zudem erfahren formale und kategoriale Kriterien der Zugehörigkeit (Geburtsland und Staatsangehörigkeit), die stärker exkludierend wirken, unter Deutschen eine höhere Zustimmung (rund ein Drittel bzw. fast die Hälfte), während Befragte mit Migrationshintergrund deutlich häufiger für erlernbare Kriterien plädieren (Sprachkenntnisse, Erwerbsarbeit, Achtung politischer Institutionen) – letztere erhalten allerdings auch bei Deutschen die höchsten Zustimmungswerte. Wie eine Regressionsanalyse zeige, stünden hinter der Betonung von Kriterien der Zugehörigkeit häufig «Homogenisierungsgedanken», die sich nicht nur gegen Migranten, sondern auch gegen andere Minderheiten richten können.

Auf der Grundlage weiterer Regressionsanalysen betont die «ZuGleich»-Untersuchung zusammenfassend: «Die allgemeinen Integrationsvorstellungen zeigen sich weitaus bedeutsamer [für die Ausprägung von GMF] als die Zugehörigkeit zu einer demographischen Gruppe.» (Zick/Preuß 2014) Besonders das Fehlen einer positiven Willkommenskultur und Rückeroberungsapelle bildeten starke Einflussfaktoren, die GMF begünstigen – wobei sich hier allerdings die Frage stellen lässt, ob es sich im strengen Sinne um «Einflussfaktoren» oder nicht vielmehr um Teilaspekte des Syndroms selbst handelt. Die allgemeine Befürwortung eines bestimmten Integrationskonzeptes (soziale Teilhabe und Akzeptanz des Kulturerhalts) habe dagegen eher geringen Einfluss auf das Ausmaß von GMF.

---

<sup>21</sup> Diese Ergebnisse stehen in einem gewissen Kontrast zu dem Befund der Untersuchung „Deutsche Zustände“ von 2011, wonach das Gefühl der Bedrohung durch Vielfalt sehr weit verbreitet sei (rund 50%). Die Werte lassen sich aber nicht direkt vergleichen, da unterschiedliche konkrete Aussagen abgefragt wurden (Heitmeyer 2011).

Ansonsten werden in dem aktuellen Zwischenbericht des «ZuGleich»-Projektes nur relativ wenige weitergehende Interpretationen zu Ursachen und Entwicklungsdynamiken ausgrenzender Einstellungsmuster angeboten. Anders als in den Vorgänger-Untersuchungen «Deutsche Zustände» findet keine Deutung der Ergebnisse vor dem Hintergrund von Prekarisierungs- und Krisenprozessen statt (vgl. hierzu besonders pointiert die Folge 9 aus dem Jahr 2010). So wurde bis 2011 auch auf verschiedene Varianten der individuellen Verarbeitung von Krisenerfahrungen eingegangen, die Ressentiments wahrscheinlicher machen: Etwa Immunisierungsstrategien eines Probleme verdrängenden «Weiter so» oder die, bereits einleitend angesprochene, Aufspaltung der Realität in (schlechte/krisenhafte) Gesellschaft und (heile) persönliche Lebenswelt. Kollektive Schuldzuweisungen und Entmoralisierung als Aufkündigung von Gleichwertigkeitsprinzipien wurden in den Zusammenhang einer «Demokratieentleerung» gestellt, also als eine Folge von Vertrauensentzug und wachsender Apathie gegenüber der etablierten Politik gedeutet.

Auch die Frage nach der Entwicklung eines Wohlstandschauvinismus, die vor dem Hintergrund der AfD-Erfolge und der jüngsten Zugewinne rechtspopulistischer Parteien insbesondere in vielen weniger krisenbetroffenen Staaten der EU besonders brisant erscheint, wird nicht mehr systematisch weiterverfolgt. Die Studie von 2010 hatte in dieser Hinsicht die klare These einer zunehmend «rohen Bürgerlichkeit» formuliert, also Entsolidarisierungstendenzen bei den Besserverdienenden, die insbesondere auf dem Boden von ökonomistischen Nützlichkeitsideologien gedeihen. Die Diskussion von Ausprägungen eines «marktförmigen Extremismus» wird allerdings in den beiden neueren «Mitte»-Studien aus Leipzig und Bielefeld weitergeführt.

## **6. DER MARKT ALS FORM DER AUTORITÄREN VERGESELLSCHAFTUNG?**

Die Leipziger wie auch die Bielefelder Untersuchungen haben seit Jahren die These stark gemacht, dass die neoliberale Politik der Vermarktlichung bzw. Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche den sozialen Zusammenhalt und die Solidaritätsbereitschaft untergräbt und damit Ressentiments nicht nur begünstigt, sondern ihnen zunehmend auch ein spezifisches Gepräge verleiht. Diese intuitiv einleuchtende, in ihrer Konkretisierung und theoretischen Begründung aber durchaus kontroverse These soll im Folgenden näher diskutiert werden.

Empirisch lässt sich die These eines «marktförmigen Extremismus» bzw. einer marktförmigen Menschenfeindlichkeit dadurch plausibel machen, dass nachgewiesen wird, dass jene Befragten, die neoliberale Ideologeme in besonderem Maße verinnerlicht haben, auch überdurchschnittlich stark zu Ressentiments – und dabei insbesondere zu ökonomistisch begründeten Ressentiments – neigen. Demnach werden bestimmte Gruppen vor allem deshalb abgewertet, weil sie als ökonomisch wenig effizient, als leistungsschwach und daher gesellschaftlich «zu teuer» wahrgenommen werden. Besonders offensichtlich gilt das etwa für Langzeitarbeitslose oder Obdachlose, aber auch im Falle vieler ethnisch begründeter Zuschreibungen etwa gegenüber Sinti und Roma oder Asylbewerber\_innen. Generell konnten in der Langzeituntersuchung «Deutsche Zustände» immer wieder signifikante Korrelationen zwischen ökonomistischen Werthaltungen bzw. Wettbewerbsideologien und dem Gesamtsyndrom gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachgewiesen werden (Heitmeyer 2011).

In der neuesten Bielefelder Studie «Fragile Mitte – Feindselige Zustände» wird nun die zuvor bereits vom Leipziger Team stark gemachte Frage nach einem Zusammenhang von Marktideologien und den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen weiterverfolgt. Unterschieden werden drei Facetten des marktförmigen Extremismus: Besonders verbreitet sei demnach ein «unternehmerischer Universalismus» (d.h. die neoliberale Norm der Selbstoptimierung).<sup>22</sup> Das gelte besonders für jene Befragte, die sich selbst den oberen oder mittleren Sozialschichten zuordnen. Auch eine allgemeine «Wettbewerbsideologie» werde von mehr als der Hälfte aller Befragten unterstützt (in diesem Fall unabhängig von der subjektiven Schichtzugehörigkeit).<sup>23</sup> «Ökonomistische Werthaltungen», also die Anwendung ökonomischer Bewertungskriterien auf ganze Bevölkerungsgruppen, würden dagegen nur von einer Minderheit unterstützt – bemerkenswerter

---

<sup>22</sup> So stimmten etwa 56% der Befragten der Aussage zu, „Wer sich nicht selbst motivieren kann, der ist selber schuld, wenn er scheitert.“ (Groß/Hövermann 2014, S. 106/107)

<sup>23</sup> Die abgefragten Aussagen lauteten hier: „Der Schlüssel zum Erfolg ist, besser als andere zu sein“ und „Fortschritt gibt es nur durch Wettbewerb“.

Weise aber überdurchschnittlich stark bei jenen, die sich selbst den unteren Schichten zuordnen.<sup>24</sup> Alle drei Facetten des marktförmigen Extremismus korrelierten nicht nur untereinander sehr deutlich. Sie gingen auch signifikant häufig mit einer Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungsmustern einher (besonders deutlich im Falle des nationalen Chauvinismus und des Sozialdarwinismus, aber auch bei manifest rechtsextremen Einstellungen bzw. quer zu den Einzeldimensionen). Zudem zeige sich ein hoch signifikanter Zusammenhang zum Gefühl der Bedrohung durch die Eurokrise. Gleiches gelte für Sympathisant\_innen der AfD, unter denen marktförmiger Extremismus mehr als doppelt so stark verbreitet sei, wie bei jenen, die nicht mit der AfD sympathisieren.

Groß/Hövermann resümieren diese Befunde mit der Einschätzung, marktförmiger Extremismus sei «kein dominantes Phänomen in der Mitte». Allerdings bilde vor allem die unternehmerische Selbstoptimierungsnorm eine «Bruchstelle in der Mitte, gleichsam deren Verbindungslinie zum marktförmigen Extremismus». Die Bielefelder Autor\_innen setzen damit einen etwas anderen Akzent als ihre Leipziger Kollegen, die von einer generelleren Verbreitung autoritär-ausgrenzender Marktideologien ausgehen und diese These stärker theoretisch begründen. Eine Schwierigkeit bleibt, dass beide Untersuchungen den sozio-ökonomischen Status der Befragten nicht differenziert erheben, sondern lediglich nach subjektiven Selbsteinschätzungen und dem allgemeinen Erwerbsstatus (sowie Parteipräferenzen) fragen. Da sich in der Bielefelder Untersuchung (wie keineswegs untypisch) ganze 84% der Befragten der Mittelschicht zuordnen, ist die Aussagekraft entsprechender Korrelationen begrenzt.

Dennoch bestätigen die Daten, dass neoliberale Marktideologien im gesellschaftlichen Alltagsbewusstsein unübersehbar weit verbreitet sind. Dies gilt – das bleibt zu betonen – aber ganz offensichtlich keineswegs durchgängig: Gerade ökonomistische Werthaltungen werden von einer deutlichen Mehrheit der Befragten dezidiert abgelehnt. Eindeutig scheint auch, dass marktradikale Haltungen die Ausprägung von (ökonomistisch begründeten) Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen generell begünstigen und zugleich signifikant häufig mit einem Gefühl der Bedrohung durch die europäischen Krisenprozesse bzw. einer grundsätzlichen EU-Kritik einhergehen. Es erscheint vor diesem Hintergrund lohnend, die damit angedeuteten möglichen Verursachungszusammenhänge auch theoretisch-konzeptionell eingehender zu diskutieren. Dies geschieht im Folgenden ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit der Argumentation der jüngsten Leipziger «Mitte»-Studie.

Bemerkenswert an den Mitte-Studien der Universität Leipzig ist, dass sie im Anschluss an klassische Untersuchungen der kritischen Theorie zum «autoritären Charakter» in der Zeit des historischen Faschismus (1920-1945) eine theoretisch weitergehende Interpretation anbieten, die eine sozial-psychologische Perspektive stark macht. Decker/Kiess/Brähler heben drei zentrale Ursachenkomplexe hervor:

- a) Relative politische und soziale Deprivation, d.h. erfahrener oder drohender sozialer Abstieg, Ohnmachts- und Isolationsgefühle. Dabei handelt es sich um einen in der Forschung zu Ressentiments breit anerkannten Erklärungsansatz.
- b) Anti-demokratische/autoritäre Erziehung. Hier lässt sich in historischer Perspektive eine deutliche Entspannung konstatieren. Dennoch bleiben, so die Leipziger Autoren, innerfamiliäre Unterordnungs- und Gewaltverhältnisse weiterhin eine wichtige Einflussgröße, die den Selbstwert von Menschen tiefgreifend schädigt und nach außen, auf vermeintlich «Fremde» gerichtete Aggressionen mit erzeugen und verstärken kann.
- c) Gefühle der Überforderung durch permanente Leistungs- und Konkurrenzanforderungen, die zunehmend direkter auf die Lebenswelt und selbst den intimen Raum der Familie durchschlagen: Der Markt als neue Form der autoritären Vergesellschaftung.

Entscheidend für die Anfälligkeit gegenüber aggressiv abwertenden Einstellungen sei, so das Hauptargument der Autoren, vor allem der Grad der *Identifikation mit dem Wirtschaftsstandort* Deutschland. Sie heben damit vor allem auf den an dritter Stelle genannten Erklärungsansatz der Vermarktlichung ab, stellen aber zugleich systematische Zusammenhang zu den anderen beiden Einflussfaktoren her. Der «sekundäre Autoritarismus» einer Identifikation mit dem nationalen Standort, der sich nicht mehr auf eine Person, sondern auf den Markt als höchste Instanz bezieht, wird in Analogie zum familiären Patriarchat und zum faschistischen Führerkult gedeutet. Die Identifikation mit einem «idealen Größen-Selbst» wirke als «narzisstische Plombe», stabilisiere also den Selbstwert angesichts einer Unterwerfung unter gesellschaftliche Disziplin- und Herrschaftsverhältnisse und in der Folge blockierter persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten. Die

---

<sup>24</sup> Insgesamt unterstützten 10,9% der Befragten die Aussage, „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten.“ Und 17,5% bejahten die Aussage: „Menschliche Fehler können wir uns nicht mehr leisten.“

Überhöhung des deutschen «Wirtschaftswunders» in der Nachkriegszeit, die den Verlust des faschistischen Größen-Selbst kompensierte, sei hierfür der historische Idealfall – nicht der Sonderfall, denn ähnliche Muster ließen sich auch in anderen Ländern beobachten.

Heute gewinne dieser Mechanismus zusätzlich an Bedeutung: Der Markt trete unter Bedingungen der neoliberalen Deregulierung in neuem Ausmaß als vermittelnde Gewalt in den Lebenswelten der Menschen auf, unpersönlich und ortlos: Unterwerfung produziere auch in diesem Fall Aggression und setze die autoritäre Dynamik in Gang. Angesichts der Übermacht und Ungreifbarkeit des Marktes sei sie gegen vermeintlich schuldige «Andere» gerichtet, die zwei zentrale Voraussetzungen erfüllen müssten: Sie müssen als schwach wahrgenommen werden und sie müssen die Phantasie auslösen, sich der gewaltvollen Autorität zu entziehen.

Diese Aggression gegen «Andere» spitze sich immer dann zu, wenn das Größen-Selbst (hier die «deutsche Wirtschaft», früher der Führer und das nationale Kollektiv) trotz der eigenen Unterwerfung schwächelt, also die Bedürfnisse nach Selbstüberhöhung nicht befriedigt. Die verletzte «Gerechtigkeitsvorstellung» würde demnach lauten: Für meine Unterwerfung unter den Zwang zur ökonomischen Verwertbarkeit, soll dann wenigstens die deutsche Wirtschaft als Objekt meiner Identifikation florieren und sollen alle, die sich nicht unterwerfen und so den Standort schädigen, bestraft werden.

Hinsichtlich der Frage nach Ansatzpunkten für eine krisentheoretisch gerahmte Interpretation der dargestellten Befunde, die auf die Problemkomplexe «Vermarktlichung» und «Reproduktionskrise/Bedeutung der sozialen Nahraumbeziehungen» fokussiert, lassen sich einige Anschlusspunkte und kritische Einwände zu der Argumentation der «Mitte»-Untersuchung formulieren.

Die Autoren gehen m.E. zu Recht vom Problem einer verbreiteten Leerstelle in der theoretischen Bearbeitung des (empirisch oft nachgewiesenen) Zusammenhangs zwischen rechtsextremen Einstellungen und Deprivationserfahrungen (Abstiegsängste, Ohnmachts- und Isolationsgefühle, siehe Erklärung a) aus: meist fehle ein differenzierter Rekurs auf die *Erschütterungen der sozialen Identität* als der zentralen Vermittlungsebene zwischen praktischer gesellschaftlicher Teilhabe und Alltagsbewusstsein.<sup>25</sup> Damit geraten Fragen der Innen-/Außenspiegelung der Subjekte in der sozialen Interaktion und in der Aneignung von gesellschaftlich generierten Deutungs- und Identifikationsangeboten in den Blick. Mit diesem Hinweis verbindet sich die prinzipiell weiterführende Öffnung der Perspektive auf (auch) psychologische Erklärungsansätze, also zugunsten der Ebene der alltagsweltlich gebundenen Subjektivität, der Familie, der (unterdrückten und versagten) Bedürfnisse, der Konstruktion von Selbstbildern und Handlungsoptionen (der eigenen Person wie Anderer) – jeweils als durch Herrschafts- und Entfremdungsverhältnisse verzerrter Projektions- und Spiegelungsprozesse, inklusive fetischistischer und phantasiegesättigter Objektbesetzungen.

Die These, wonach Vermarktlichungsprozesse – auch dann wenn sie noch nicht in die zugespitzteren Formen der Prekarität münden – eine wesentliche Ursache von Verunsicherungen der im sozialen Nahraum verankerten Identitäten sind, erscheint vor dem Hintergrund der voranstehenden Ausführungen sicherlich ebenfalls grundsätzlich überzeugend: Die «permanenten Leistungsanforderungen» des entgrenzten Marktes schlagen, wie in den Eingangskapiteln beschrieben, zunehmend auf die individuelle Reproduktion des sozialen Lebenszusammenhangs, also den privaten Raum der Familien- und Freundschaftsbeziehungen durch. Sie übersetzen sich in Zwänge zur Selbstdisziplinierung und in ein weit verbreitetes Gefühl der Überforderung (Burnout, Depressionen etc.). Diese Destabilisierung des Selbst- und Weltbildes kann – muss aber nicht – bearbeitet werden durch aggressive Abgrenzung nach außen, Identifikation mit einem idealisierten (z.B. nationalen) Kollektiv und eine Benennung von «Sündenböcken».

Problematisch erscheint an der Leipziger «Mitte»-Studie allerdings die relativ *abstrakte Parallelisierung von historischem Faschismus und heutigem Rechtspopulismus*. Sie bestätigt eine Sicht, die auch in weiten Teilen des linken Alltagsverständes zu finden ist und Charakteristika des neuen Rechtspopulismus eher verdeckt: Das Bild einer tendenziell homogenen Masse – das aus analytischer Sicht schon mit Blick auf Faschismus und Hochfordismus nicht unproblematisch war – wird unter Verweis auf Freud und die Kritische Theorie eingeführt. Die ideologische Flexibilität und die Integration von plebiszitären und partizipativ-selbstorganisierten Elementen in der Mobilisierung der neuen rechtspopulistischen Bewegungen werden so m.E. gerade nicht angemessen erfasst.

---

<sup>25</sup> Eine ähnliche Diagnose formulierte bereits 2002 das europäische SIREN-Projekt auf der Grundlage einer breiten Literatursauswertung (Flecker/Kirschenhofer 2007; Sommer 2010).

Dieser stark theoretischen und dabei nicht klassen- bzw. milieuspezifisch differenzierten Argumentation liegt eine Sichtweise zugrunde, die den Gegensatz von «Allgemeinem/Gesellschaftlichem» und «Besonderem/individuellem Bedürfnis» (im Anschluss an Adorno/Horkheimer und Marcuse) sehr strikt denkt: Das schlechte Allgemeine setzt sich demnach konsequent gegen die Entwicklungsbedürfnisse der Individuen durch. Zwar wird die Frage nach einer «Alimentierung» durch erweiterte Konsummöglichkeiten, also materielle Beteiligung an der Stärke «der Wirtschaft», als zusätzliche Legitimationsressource benannt, nicht aber mögliche Angebote zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit (und sei es auf Kosten anderer). Der Schwerpunkt der Argumentation liegt damit eindeutig auf der «ideellen» Bedeutung einer starken «nationalen» Ökonomie als dem primären Objekt der Identifikation zum Zweck der «narzisstischen Ersatzbefriedigung». Dabei wird die Möglichkeit außer Betracht gelassen, dass ein Wissen darüber bestehen könnte, dass die Stärke der Ökonomie als Ganzer, also nicht notwendiger Weise nur die Steigerung der eigenen Einkommen, sondern vor allem deren relative Stabilität und zudem ein gewisses Maß an Zeit- und Gestaltungsautonomie auch einen realen Schutzwall bilden, hinter dem sich individuelle Bedürfnisse, auch jenseits eines tendenziell als passiv gedachten Konsums, besser verwirklichen lassen als in einer Gesellschaft, die sich in einer ökonomischen Krise befindet. Das würde zu einer Erklärung führen, die nicht nur den Realitätsverlust betont (der Markt gleichsam als neue Gottheit), sondern auch auf die Einsicht in zynische Funktionslogiken des real existierenden Kapitalismus abhebt.

Das verweist auf einen weiteren Punkt: «Autorität» soll den Autoren zufolge – auch als «sekundäre», unpersönliche – eine orientierende und damit entlastende Funktion haben («Gehorsam» ersetzt das «Gewissen» und die «Mühsal der Realitätsprüfung», ebd., S. 16). Anders als bei einer direkten, gewaltförmigen Unterwerfung unter eine personale Autorität oder einen «massenförmigen» Verhaltenskodex, zeichnet sich die Unterwerfung unter die Herrschaft entgrenzter Märkte aber gerade dadurch aus, dass sie den Einzelnen zwingt, sich ständig wieder auf ungewisse Situationen und Risiken einzulassen, sich immer neu zu orientieren, eigenständig Entscheidungen zu treffen oder wenigstens individuelle Souveränität und Autonomie zu inszenieren – gegenüber anderen, aber auch gegenüber sich selbst (Sennetts «flexibler Mensch»). Insofern bietet der Markt gerade keine «Prothesen-Sicherheit» (Erich Fromm zitiert nach ebd., S. 17) als stabilisierende und selbstwertregulierende Funktion. Seine Gratifikation besteht eher im Versprechen auf Optionsvielfalt, auf eine zumindest potentiell mögliche Befriedigung individueller Bedürfnisse nach Selbstentfaltung oder wenigstens materiellem Gewinn und sozialem Aufstieg.

Dem entsprechend verhalten sich Menschen unter einer unpersönlichen Autorität wie dem Markt, anders als in Anlehnung an Freud angenommen, auch nicht einfach «wie eine autoritär organisierte Masse» (ebd. S. 17). Die Zuschreibungsdynamik des «othering» ist – ähnlich wie die eigene Identitätskonstruktion – ungleich ausdifferenzierter und fragiler, sie wird nicht zentral orchestriert und ist nicht in ein stabiles, geschlossenes Weltbild eingefügt. Sie ist stärker abhängig von aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, medialen Konjunkturen, persönlichen Nahwelterfahrungen (bzw. deren Verarmung und Krisenhaftigkeit). Sie ist dementsprechend auch weniger an strikte Rassenideologien gebunden als vielmehr an kulturalistisch gedeutete, oft diffuse Fremdheitserfahrungen. Die auffällig hohe Latenz und Fluktuation der Ausprägungen des Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die in allen hier betrachteten Studien deutlich wird, scheint dies genauso zu bestätigen, wie die parallele Entwicklung eines Rückgangs der expliziten Ausländerfeindlichkeit bei zunehmender Betonung der angeblichen Notwendigkeit, die eigene (nationale, aber z.B. auch geschlechtertypische) Identität und Kultur zurückzuerobern.

Angesichts dieser Einwände würde sich, statt des etwas einseitigen Rekurses auf Freud und die klassische Kritische Theorie, ein Anschluss an die britischen Cultural Studies, z.B. Stuart Hall, anbieten (vgl. Hall 2004; Marchart 2008): Identitätskonstruktionen, stereotype Zuschreibungen und Abwertungen, aber auch Formen der Solidarisierung basieren demnach nicht auf bruchlosen Identifikationen – sei es mit einem nationalen oder rassistisch gedachten Kollektiv, dem Vater, dem Führer oder «dem Markt» –, sondern auf einer je relationalen Positionierung der Subjekte in einem sich wandelnden Feld sozialer Kräfte- und Hegemonieverhältnisse, die, trotz aller Deregulierung, nie nur ökonomisch bestimmt sind. Selbst- und Fremdzuschreibungen im Alltagsbewusstsein sind nicht fest vorstrukturiert oder gar zentral von den herrschenden Instanzen gesteuert, sondern werden praktisch «artikuliert»: also immer neu und kontextgebunden hervorgebracht durch eine – stets eigensinnige – Verknüpfung und Aneignung vorgefundener Bedeutungen, Symbole und sozialer Statusordnungen.

Parallelen zu einer «klassischen» Debatte der Cultural Studies drängen sich etwa bei der aktuell und wohl auch perspektivisch an Brisanz gewinnenden Abwertung von Sinti und Roma auf: Ähnlich wie im Falle der wechselnden Konnotation von «schwarzer Kultur» im US-amerikanischen und britischen Kontext, stehen auch Sinti und Roma im populären Symbolkosmos nicht nur für eine sozial extrem marginalisierte, mit Ar-

mut und Kriminalität assoziierte Position, sondern ebenso für eine gleichermaßen gefürchtete wie begehrte (weil im eigenen Identitätswortwurf womöglich verdrängte und unterdrückte) Ungebundenheit, Intuition und Sinnlichkeit – man denke an die Faszination für Musik und Tanz der Roma-Kulturen – jenseits der Disziplin der etablierten gesellschaftlichen Ordnung (vgl. hierzu etwa die viel beachtete und vornehmlich diskursanalytisch ausgerichtete Studie «Die Erfindung der Zigeuner»: Bogdal 2013). Eine ähnliche Argumentation deuten auch die Autoren der «Mitte»-Studie an und übertragen sie, neben Sinti und Roma, auf die Abwertung des Islam. Hinter letzterer stünde, so die an Max Weber anschließende These, eine «religiöse Sehnsucht», also auch hier die Außenprojektion und Abwertung eines im eigenen Identitätswortwurf noch latent vorhandenen, aber unterdrückten Bedürfnisses auf ein vermeintlich wesenhaft «Anderes» (Decker/Kiess/Brähler 2014, S. 67). Dieses konstruierte Bild des bedrohlichen Fremden setzt dabei an der Wahrnehmung der Folgen realer sozialer Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse an, die von kapitalistischen Gesellschaften systematisch produziert und wesentlich entlang ethnischer Kategorien organisiert werden.

Zudem wäre ein weiterer Aspekt in die Analyse zu integrieren: Trotz des Bezugs auf die Kritische Theorie wird in der aktuellen Leipziger «Mitte»-Studie (wie auch in den übrigen hier ausgewerteten Untersuchungen) nicht auf die Bedeutung grundlegender Mystifikationsprozesse bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung eingegangen. Die Fetisch-Theorie, die stark gemacht wird, ist in erster Linie aus der Tiefenpsychologie entnommen, sie bezieht sich systematisch nicht auf den Marx'schen Warenfetischismus und die Verkehrung von gesellschaftlichen Verhältnissen in Verhältnisse von Sachen (v.a. Geld- und Warenbeziehungen), inklusive des Scheins von Freiheit und Gleichheit an der Oberfläche der Zirkulations- und Rechtsverhältnisse. In der Vorstellung des Äquivalententausches zwischen gleichberechtigten und unabhängigen Marktakteuren als der quasi natürlichen Ordnung der Dinge läge aber eine entscheidende Erklärung für die meritokratische Illusion bzw. die Forderung nach der uneingeschränkten Geltung des Leistungsprinzips: ein Prinzip, das von den Transferleistungen beziehenden Schwachen oder wahlweise auch von «den» Bankern oder der Politikerkaste, gar dem Staat im Allgemeinen, verletzt wird. Die Umdeutung sozialer Verwerfungen und Herrschaftsverhältnisse in Probleme und essenzielle Eigenschaften bestimmter Gruppen, die auf Kosten der Leistungsträger – gleichgesetzt mit den am freien Markt Erfolgreichen – ist auf einer sehr grundsätzlichen Ebene auch eine subjektive Verarbeitungsform der Tatsache, dass die gesellschaftlichen Beziehungen in hohem Maße verschleiert werden durch die naturwüchsig-verselbstständigte Dynamik der kapitalistischen Ökonomie (MEW Bd. 23, 2005 [1890], S. 85 ff.; Herkommer 2004).

Ein bekanntes Beispiel aus der Publizistik mag dies veranschaulichen: Philosophisch zugespitzt wurde die nach Heitmeyer u.a. 2010 signifikant zunehmende «rohe Bürgerlichkeit» auf dem Höhepunkt der Krise im Sommer 2009, also kurz bevor die FDP bei der Bundestagswahl ihr Rekordergebnis von 14,6% einfuhr, durch Peter Sloterdijks intellektuellen Amoklauf, veröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter dem vielsagenden Titel «Die Revolution der gebenden Hand». Sloterdijk zeichnet darin ein Bild, das angesichts der realen Entwicklung der Verteilungsverhältnisse nur noch als bizarr bezeichnet werden kann, aber dennoch auf große Resonanz in Teilen der konservativen Presse stieß: Der «steuerstaatlich zugreifende Semi-Sozialismus» habe eine «Ausbeutungsumkehrung» hervorgebracht, in deren Folge «die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben». Einziger Ausweg um der «plausibelsten Reaktion» der Leistungsträger, nämlich dem «antifiskalischen Bürgerkrieg» und der «Desolidarisierung im großen Stil», noch zu entgehen, sei die «Abschaffung der Zwangssteuern» und ihre Ersetzung durch «Geschenke an die Allgemeinheit».<sup>26</sup>

Auch jenseits solcher aggressiven «Marktextremismen» werden die Mystifikationen des bürgerlichen Individualismus infolge der Vermarktlichung des Sozialen heute auch in Bereichen wirksam, die scheinbar weit abseits des ökonomischen Feldes im engeren Sinne liegen. Sie prägen angesichts der wachsenden Verschränkung von Arbeit und Leben – oder allgemeiner: der Sphären von Öffentlichkeit und Intimität – auch persönliche Kontakte. Wie etwa Eva Illouz gezeigt hat, werden selbst intime Beziehungen nicht selten marktförmig in Form von Online-Partnerbörsen organisiert und von den Beteiligten als Tauschverhältnis

---

<sup>26</sup> Bemerkenswert ist, dass sich die Argumentation Sloterdijks in einem zentralen Punkt mit derjenigen seines – ebenfalls in der FAZ bejubelten – Antipoden, dem sympathischen Anarchisten und Occupy-Aktivisten David Graeber, trifft. Beide spielen der aktuell (auch in der Linken) wieder erstarkenden Zinskritik in die Hände: Das Profitstreben, so Sloterdijk, „ist ein Epiphänomen des Schuldendienstes, und die faustische Unruhe des ewig getriebenen Unternehmers ist der psychische Reflex des Zinsstresses.“ (Sloterdijk 2009). Dieses Missverständnis, das auch die im Umfeld der Montagsdemonstrationen neuerdings wieder modischen Geldkritik prägt, ist kein Zufall, sondern reflektiert die Tatsache, dass die Aneignung des, über die Reproduktion der Arbeitskraft hinaus geschaffenen, Mehrwerts im Produktionsprozess des Kapitals hinter der (relativ verselbstständigten) Bewegung des Zinsflusses, als der zentralen Vermittlungsebene des gesamtgesellschaftlichen Akkumulationsprozesses, verdeckt wird.

zwischen streng autonomen Individuen gedacht (Illouz 2007). Damit wird auch das Verhältnis der Subjekte zu sich selbst, zu den eigenen Gefühlen und Phantasien, in neuer Weise durchdrungen von den Illusionen – aber eben auch von den Freiheitsmomenten – des Marktes. Das stellt auch klassische Geschlechterkonstruktionen in Frage. Es ist diese Ambivalenz zwischen Emanzipation und Konkurrenzindividualismus bei der Auflösung traditioneller Identitätswürfe, die etwa auch die Anschlusspunkte zwischen Neoliberalismus und Feminismus möglich gemacht hat, auf die Nancy Fraser prominent hingewiesen hat und die es möglich machen, dass sich Frauen heute selbst von einer ehemaligen TAZ-Chefredakteuren pauschal Feigheit vorwerfen lassen müssen, wenn sie sich gegen die Härte der Machtspiele in den Führungsetagen entscheiden (Fraser 2009; Mika 2011).

Die institutionelle Trennung und die gegensätzlichen Handlungsrationaltäten von Produktion und Reproduktion, also etwa von (traditionell männlich konnotierter) individueller Konkurrenz und (als weiblich konstruierter) Sorge für andere, sind damit aber nicht in einem allumfassenden Markt aufgehoben. Sie müssen vielmehr zunehmend individuell und tagtäglich austariert werden, was mehr und mehr Menschen innerlich zu zerreißen droht. Unter diesen Umständen gehört es auch weiterhin zu den strukturellen Grundmerkmalen bürgerlichen Bewusstseins, dass «Klassenindividuum» und «persönliches Individuum» subjektiv in hohem Maße auseinanderfallen, sprich: Die Wahrnehmung der allgemeinen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung bzw. der eigenen Stellung darin einerseits und die des sozialen Nahumfeldes, der eigenen Persönlichkeit und ihrer Fähigkeiten andererseits sind stark gegeneinander verselbstständigt (Bischoff/Detje/Lieber/Müller/Siebecke 2010, S. 114 ff.). Darauf weisen auch die eingangs dargestellten demoskopischen Stimmungsbilder von Rheingold, Allensbach oder der Studie «Deutsche Zustände» sehr deutlich hin. Hinter den Phantasien vom «Fremden» stehen somit, philosophisch gesprochen, Erfahrungen der «Entfremdung» von einer gesellschaftlichen Praxis, die als mehr oder weniger desintegriert und fragmentiert wahrgenommen wird.

Die Kleinfamilie und stabile persönliche Freundschaftsbeziehungen können vor diesem Hintergrund als eine bedrohte und unbedingt zu verteidigende Rückzugsbastion gegen das Vordringen der individualisierenden Logik moderner, vor allem marktvermittelter Vergesellschaftungsprozesse erscheinen – was eine allgemeine Erklärung für die zentrale Bedeutung konservativer Kulturkämpfe innerhalb der populistischen Rechten sein könnte. Traditionelle Gemeinschaftsideologien und Identitätswürfe – etwa im Verhältnis zwischen den Geschlechtern – können mit ihren vermeintlich eindeutigen und naturalisierenden Zuschreibungen ideologisch in Anschlag gebracht werden gegen eine Verunsicherung, die nicht notwendig in mangelnder materieller Teilhabe und realen sozialen Abstiegs Erfahrungen gründen muss.

## **7. ANERKENNUNGSVERLUSTE, SCHATTENIDENTITÄTEN UND MYSTIFIZIERTE KRISEN DER REPRODUKTION**

Um die skizzierten Erklärungsansätze zu illustrieren und weiter zu spezifizieren, kommen wir noch einmal auf einige Befunde aus der empirischen Sozialforschung zurück – nun ergänzt um qualitative Untersuchungen, die den subjektiven Sinnzusammenhang, in dem Ressentiments stehen, für verschiedene soziale Gruppen zu rekonstruieren versuchen.

Bereits die Langzeituntersuchung «Deutsche Zustände» hatte auf Grundlage von repräsentativen Befragungen argumentiert, dass die «Ökonomisierung» in ganz unterschiedlichen sozialen Lagen zu Desintegrationsprozessen führt, die einen zentralen Nährboden für Ressentiments darstellen. Die Schwächung der persönlichen Verankerung in der sozialen Nahwelt resultiere in «Anerkennungsverlusten», die durch Abwertung anderer Gruppen kompensiert werden können. So zeigten Clusteranalysen, dass sich auch bei materiell gut Situierten auffallend hohe Werte der GMF finden, wenn sie unter mangelnder sozial-emotionaler Integration und politischen Ohnmachtsgefühlen leiden. Dies wird auch unter dem Stichwort der «Kohäsionskrisen» und eines Mangels an «sozialem Kapital» diskutiert: Eine Ausdünnung sozialer Beziehungen bzw. eine bindungslose Flexibilität und daraus erwachsende Isolationsgefühle verstärken die Anfälligkeit für Ressentiments (vgl. auch Zick/Körper/Hövermann 2011, S. 148 ff. sowie Sommer 2010).

Diese Perspektive ist auch von dem *europäischen Forschungsprojekt SIREN* verfolgt worden.<sup>27</sup> In einer Kombination qualitativer und quantitativer Methoden wurde die Frage verfolgt, welche subjektiven Verar-

---

<sup>27</sup> Das 2002 bis 2003 durchgeführte Projekt Socio-Economic Change, Individual Reactions an the Appeal of the Extrem Right (SIREN) umfasste eine Literaturanalyse, 300 qualitative Interviews (52 davon in Deutschland), eine repräsentative Telefonbefragungen und die Ausformulierung politischer Empfehlungen. Vergleichende Länderstudien wurden erstellt



beitungsformen des sozio-ökonomischen Strukturwandels und insbesondere der Umbrüche in der Arbeitswelt sich bei a) prekär Beschäftigten, b) noch gesicherten, aber Abstiegsbedrohten und c) Aufsteiger\_innen finden lassen. Dabei standen sogenannte «Potentiale politischer Subjektivität» im Zentrum, die – so die Ausgangsannahme – aus Verunsicherungen etwa infolge von Vermarktlichungs- und Privatisierungserfahrungen erwachsen und zur Unterstützung rechtspopulistischer Positionen führen können. Dem lag ebenfalls schon die These zugrunde, dass Ressentiments keineswegs nur ein Phänomen der materiellen «Verlierer» des Strukturwandels sind und dass die gesellschaftspolitische Dominanz des Neoliberalismus gerade auch bei Aufsteiger\_innen Formen des «Standortnationalismus» und «Sozialdarwinismus» befördere (Hentges/Flecker/Balazs 2008).

Aus den heterogenen Befunden werden hier nur einige wenige herausgegriffen, die die behandelte Fragestellung betreffen und das bereits gezeichnete Bild ergänzen. Als zentral erwiesen sich – quer zu den unterschiedlichen Statusgruppen – erneut Gefühle der Machtlosigkeit und verletzte Gerechtigkeitsvorstellungen: Die eigene harte Arbeit und Entsagung werde nicht entlohnt, während andere sich auf Kosten der Ehrlichen und Fleißigen ein gutes Leben machten, gedeckt von korrupten Eliten, die nur durch die starke Hand des charismatischen Anführers zur Raison gebracht werden könnten. Neben Menschen mit Abstiegserfahrungen oder -ängsten, waren solche Vorstellungen gerade auch bei vielen Aufsteiger\_innen zu finden. Diese litten einerseits unter der hohen Arbeitsbelastung und den Flexibilitätsanforderungen ihrer vermarktlichten Erwerbsarbeit, was häufig zu einer Schwächung ihrer sozialen Bindungen führe. Andererseits zeigten sie eine sehr hohe Identifikation mit dem eigenen Unternehmen und dem Wirtschaftsstandort. Dabei zog sich als roter Faden durch die allermeisten Interviews die Wahrnehmung hindurch, «Respekt und Anerkennung» für erbrachte Leistungen und loyales Verhalten werde versagt, meist verknüpft mit der nostalgischen Vorstellung, dies sei einmal anders gewesen (ebd. S. 112). Das galt nicht nur für jene, die ihr «Leben» bereits weitgehend für die Karriere aufgegeben hatten, sondern auch für den umgekehrten Fall: Insbesondere Frauen, die aufgrund von Vereinbarkeitsproblemen ihre Karrierehoffnungen beerdigt oder sich ganz aus der Erwerbsarbeit zurückgezogen hatten, beklagten fehlende Anerkennung für ihre Leistungen in Haushalt und Kindererziehung von Seiten der etablierten Politik (aber vor allem auch von Seiten der Linken). Auch der Rückzug auf die klassische Hausfrauenrolle führe oft zu Isolationserfahrungen und könne in Sympathien für rechtspopulistische Positionen münden, die als eine Art «konformistische Rebellion» gegen die vermeintlich herrschende «political correctness» erscheinen (ebd. S. 114).

Die Autor\_innen widersprechen vor diesem Hintergrund, ähnlich wie die aktuelle Bielefelder Untersuchung, der verbreiteten Vorstellung, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus seien im Wesentlichen männliche Phänomene. Auch sie konstatieren unter Verweis auf die im Rahmen des Projektes ausgewertete Forschungsliteratur bereits zur Jahrtausendwende eine Tendenz zur Schließung des «gender gap» bei der Verbreitung rechtsextremistischer Haltungen. Dies gelte trotz der Tatsache, dass in den Führungskrägen der radikalen und populistischen Rechten nach wie vor eindeutig Männer dominierten (ebd. S. 125). Diesen Befunden zufolge zeichnet sich eine erhöhte Anfälligkeit für Ressentiments gerade bei jenen Männern und Frauen ab, bei denen die Spannungen und widersprüchlichen Anforderungen zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre einseitig zur einen oder anderen Seite hin aufgelöst werden, was in beiden Fällen auf Kosten der sozialen Bindungen geht und Erfahrungsräume der Subjekte verengt.

In einem ähnlichen Sinne argumentiert auch die zwischen 2002 und 2006 durchgeführte *qualitative Untersuchung des Bochumer FIAB-Instituts* (Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation) zum Thema «*Prekäre Arbeit*» (Dörre/Brinkmann/Röbenack 2006). Dabei stand die Frage nach dem latenten Sinn und den «subjektiven Brücken zwischen dem Alltagsbewusstsein von Lohnabhängigen und den Deutungsangeboten und Orientierungen rechtspopulistischer Formationen» im Fokus. Neben Spannungen zwischen Stammebelegschaften und Leiharbeiter\_innen wurden zwei zentrale Sinnzusammenhänge als «Brücken» ausgemacht.

1. Der marktgetriebene Flexibilisierungsdruck, als ein von außen gesetzter Zwang, belaste die Lebensverhältnisse insgesamt massiv, werde nach Wahrnehmung der Befragten aber politisch kaum thematisiert. Daraus resultierten Ohnmachtsgefühle, die teilweise in autoritäre Lösungsvorschläge und die Suche nach konkret identifizierbaren Schuldigen mündeten.
2. Prekarisierungserfahrungen werden teilweise als «Entweiblichung und Zwangsfeminisierung» interpretiert. Bei Frauen wurden v.a. Ressentiments beobachtet, die durch die Infragestellung des traditionellen Hausfrauen- oder Zuverdienerinnenmodells und des damit verknüpften traditionellen Geschlechterverhältnisses in der Familie begründet wurden: Die zunehmend fehlende Zeit für Sor-

---

für Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien und die Schweiz (Butterwegge/Hentges 2008; Flecker/Kirschenhofer 2007).

gearbeit und Reproduktion durch entgrenzte Arbeitsanforderungen wurde in einen Vorwurf gegenüber Migrantenfamilien umgemünzt, die angeblich das alte Modell auf Kosten des Sozialstaates weiterpraktizieren könnten, während deutschen Frauen die Anerkennung ihrer Mutter- und Hausfrauenrolle versagt bleibe. Bei Männern (besonders in prekären Berufslagen) zeigte sich eine spiegelbildliche Argumentationsfigur: Als demütigend wurde die «Verweichlichung» durch Zuweisung von «Frauenarbeit» und der Verlust der Rolle des Familienernährers empfunden. Auch hier richtete sich der Groll gegen Ausländer, die traditionelle Männlichkeitsmodelle noch leben könnten und damit gegenüber Deutschen offensiv provozierten.

Hier wird deutlich, wie – in diesem Fall ethnisch begründete – Ressentiments mit konservativen Geschlechterstereotypen und traditionellen Familienmodellen, die durch entgrenzte Arbeitsverhältnisse und Prekariisierung in die Krise geraten sind, verknüpft sein können. Zudem wird die eingangs angesprochene und subjektiv nur schwer durchschaubare Übersetzung gesamtgesellschaftlicher Vermarktlichungsprozesse in Krisen der individuellen und sozialen Reproduktion als einem Problemrohstoff für Ressentiments nachvollziehbar. Die FIAB-Untersuchung spricht in diesem Zusammenhang auch von einer «Identitätspolitik» des Festhaltens an Selbstentwürfen, die durch die Prekarisierungs- und Vermarktlichungserfahrungen teilweise bereits imaginär geworden sind und die deshalb umso verbissener gegen vermeintlich respektlose und leistungsscheue Outsider verteidigt werden sollen: Es sind geborgte «Stütz-» bzw. «Schattenidentitäten» (Ottomeyer/Dörre), die im wahrsten Sinne des Wortes «billig» zu haben sind, weil sie durch die bloße Zugehörigkeit zu einem exkludierenden Kollektiv und – im Gegensatz zum Selbstverständnis – gerade nicht durch individuelle Leistungen oder Eigenschaften beglaubigt werden.

Solche Ursachen und Erscheinungsformen reaktionärer Identitätspolitik spielen offensichtlich eine wichtige Rolle innerhalb aktueller rechtspopulistischer Mobilisierungen – manche, wie die so genannten «Identitäten», tragen sie sogar im Namen. Auch die vorgestellte Übersicht empirischer Befunde zu Ressentiments und rechtsextremistischen Einstellungen im Alltagsbewusstsein liefert hierfür deutliche Indizien. Negative Zuschreibungen sind demnach vor allem mit der Idee essenzieller Eigenschaften bestimmter Kulturen und Menschengruppen verknüpft, die als Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen werden. Diese Vorstellungen stehen allerdings nicht nur zu – ebenfalls weit verbreiteten – solidarischen und humanistischen Werten in einem Spannungsverhältnis, sondern auch zur liberalen Idee, jede/r sei letztlich seines eigenen Glückes Schmied, also nicht auf Gedeih und Verderb an die jeweiligen Abstammungsverhältnisse gebunden. Die unter neoliberaler Hegemonie viele Jahre lang eingeübten Selbstbilder, die auf den Werten der Autonomie und der freien Individualitätsentwicklung gründen (einstmals Ziele der Bewegungen in der Nachfolge von «1968»), werden im Zuge radikalierter Vermarktlichungsprozesse genauso infrage gestellt wie traditionellere Identitätsentwürfe.

Die daraus resultierenden Verunsicherungen betreffen keineswegs nur materielle Statuspositionen oder politische Einflussmöglichkeiten, sondern die «ganze Lebensweise» (Raymond Williams) bzw. eine aus ihr erwachsende «moralische Ökonomie» (E.P. Thompson), also Werte und Orientierungen, die sich mit allen Aspekten der Alltagspraxis verbinden und diese mehr – oder eben weniger – kohärent über Gerechtigkeits- und Normalitätsvorstellungen integrieren. Damit ist aber auch klar, dass die Frage, inwieweit Verunsicherungen durch Ressentiments kompensiert werden und welche Formen diese ggf. annehmen, milieuspezifisch sehr unterschiedlich zu beantworten sein dürfte (Hentges/Flecker/Balazs 2008).

## **8. ALLTAGSKULTUREN, MILIEUS UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE LAGER**

Es bleibt ein entscheidender Schwachpunkt der meisten einschlägigen Untersuchungen zu Ressentiments und Rechtsextremismus, dass die – auch horizontale – Differenzierung nach Alltagskulturen, Lebensweisen und Arbeitslogiken kaum systematisch thematisiert wird. Stattdessen erfolgt in den üblichen Repräsentativbefragungen – neben einer Aufschlüsselung entlang eines sozio-demographischen Rasters oder allgemeiner politisch-ideologischer Lagerbildungen – in der Regel nur eine grobe Ordnung der Daten mithilfe hierarchischer Schichtmodelle (v.a. auf der Basis von Angaben zum Einkommen und/oder zur Selbsteinschätzung als Teil der Ober-, Mittel- oder Unterschicht). Auch die in der politischen Debatte geläufige Rede von den Abstiegängsten «der» gesellschaftlichen Mitte oder dem Statusfatalismus «der» Unterschicht trägt m.E. wenig zur Klärung bei.

Hinweise auf die Verbreitung und Ausprägung von Ressentiments in unterschiedlichen Milieus lassen sich aus Langzeituntersuchungen zum Wandel der Sozialstruktur, der Lebensweisen und Mentalitäten in der

Bundesrepublik entnehmen. Maßgebliche Beiträge hierzu sind an der Universität Hannover erarbeitet worden (Vester u.a. 2001).<sup>28</sup> Demnach lassen sich innerhalb eines mehrdimensionalen Modells des sozialen Raumes unterschiedliche Traditionslinien nach der Art von sich auffächernden «Stammbäumen» nachweisen: Die Milieus sind gewachsene historische Erfahrungsgemeinschaften, die sich in der Regel auch über Generationen hinweg nur allmählich verändern. Die vertikalen Klassenspaltungen, lassen sich, entgegen der Behauptungen der diversen Individualisierungstheorien, nach wie vor – und angesichts der verfestigten Ausgrenzungsprozesse z.T. sogar wieder verstärkt – auch empirisch auf der Ebene des Alltagsbewusstseins und der praktischen Handlungsorientierungen nachweisen. Die wechselseitigen Abgrenzungsmuster verlaufen gleichwohl immer auch quer zu den Klassenhierarchien – zwischen unterschiedlichen Formen der Lebensführung.

Die zentrale horizontale Differenzierungsachse spannt sich dabei zwischen zwei Polen auf: Zwischen autoritär-hierarchischen und eigenverantwortlich-avantgardistischen Normen der Lebensführung, die jeweils auch signifikante Schwerpunkte in bestimmten berufstypischen Arbeitskulturen aufweisen. So verbindet das traditionelle Ordnungsmodell der Autorität, trotz sehr unterschiedlicher materieller Bedingungen, etwa das konservativ-technokratische Milieu im gehobenen Bürgertum mit dem kleinbürgerlichen Arbeitnehmer-Milieu. In beiden Fällen sind Berufe mit administrativ-organisatorischen und verwaltungstechnischen – sprich: stark hierarchiegebundenen – Arbeitslogiken besonders häufig anzutreffen. Hier vermitteln sich die alltäglichen Identifikations- und Abgrenzungsprozesse auch innerfamiliär noch in höherem Maße über die väterliche (und andere direkt personale) Autoritäten. Beide Milieus werden innerhalb des sozialen Raummodells rechts verortet: Sie tragen seit Langem zu wesentlichen Teilen das «traditionelle» und das «gemäßigt konservative» gesellschaftspolitische Lager.

Das Lager der «Enttäuscht-Autoritären», in dem Ohnmachtserfahrungen besonders häufig formuliert werden und aus dem sich Vester u.a. zufolge die rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien wesentlich speisen, wurde schon bei den Erhebungen im Jahr 2000 mit ca. 27% quantifiziert. Es wird zwar hauptsächlich mit Arbeitern und Angestellten mit traditionellen, zunehmend entwerteten Qualifikationen identifiziert: Menschen, die sich selbst als «Modernisierungsverlierer» wahrnehmen. Es reicht aber durchaus auch bis in höhere Statuspositionen hinein. Dieses Lager nährt sich vor allem von der Wahrnehmung einer zunehmenden Verletzung der tradierten Patronats-Klienten-Beziehungen, in denen Unterordnung und Gefolgschaft gegen Schutz und soziale Absicherung getauscht werden sollen. Bemerkenswert ist dabei, dass – im Gegensatz zum traditionellen und gemäßigt-konservativen Lager – die Familien- und Gesellungsformen, ähnlich wie in den zuvor diskutierten Untersuchungen, als instabiler und brüchiger beschrieben werden. Statt die traditionellen Ordnungsmodelle durch offenere, der modernen Realität adäquatere Handlungsorientierungen und Beziehungen zu ersetzen, ziehe man sich auf das engere familiäre Umfeld zurück und beharre umso aggressiver auf der Wiederherstellung der idealisierten Autoritätsbeziehungen von einst (ebd., S. 64). Hinter diesen Reaktionen steht also auch ein milieuspezifisch interpretiertes Scheitern an den wachsenden Anforderungen zur selbstorganisierten und marktkonformen Ausgestaltung der eigenen Individualität.

In den «eigenverantwortlichen» bis «avantgardistischen» Milieus sind die Identitäten dagegen bereits in höherem Maße aktiv und bewusst vergesellschaftet: Die Familienstrukturen und persönlichen Beziehungsnetze sind weitläufiger und beweglicher (ebd. S. 37 ff.). Sie sind stärker um Ideale der Autonomie und Partizipation herum organisiert, auch in höherem Maße verflochten mit zivilgesellschaftlichen Räumen und popkulturell bzw. lebensstilistisch ausdifferenzierten «Szenen». Sie sind eingebettet in hoch subjektivierte Arbeitswelten und verbunden mit einer Politik, die «persönlich» genommen wird, also relativ direkt auf die Lebenswelt bezogen ist. Das gilt durchaus auch für stark prekarierte und migrantische Milieus jenseits der Bildungseliten (Ege 2013). Es handelt sich bei diesen Fragen von Abgrenzung und Zugehörigkeit inso-

---

<sup>28</sup> Konzeptionell knüpft der unter Leitung von Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling und Bärbel Clemens entwickelte Ansatz u.a. an Bourdieus Arbeiten zum Habitus und zur Differenzierung der sozialen Felder an. Eine weitere zentrale Referenz sind die historischen Klassenanalysen der britischen Cultural Studies (vor allem von E.P. Thomson) mit ihrem starken Bezug auf konkrete soziale Kämpfe und Erfahrungen in der Perspektive einer „Geschichte von unten“ (ebd., S. 152 ff.). Ähnlich wie letztere, sind auch die Milieu-Studien von Verster u.a. aus einer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung aus dem Umfeld der studentischen Neuen Linken heraus entstanden. Bei den empirischen Langzeitstudien der AG Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis), die u.a. auf den Milieustudien des SINUS-Instituts aufbauen, kam jeweils ein komplexer Methodenmix aus qualitativen und quantitativen Verfahren zum Einsatz. Die Erhebungen sind leider nur teilweise bis in die Gegenwart fortgeschrieben worden. Sie konzentrieren sich in den jüngeren Publikationen vor allem auf die Entwicklung der Berufsgliederung: Im Marx'schen Sinne also auf die Zusammensetzung des gesellschaftlichen „Gesamtarbeiters“, die sich zwischen der Dynamik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einerseits und der Entwicklung der Produktivkräfte – d.h. auch der wachsenden Kompetenzen und Ansprüche der Subjekte – fortlaufend transformiert (vgl. Vester/Weber-Menges 2014).

fern gerade nicht ausschließlich um Effekte vertikal stratifizierender Herrschaftsverhältnisse. Auch die Unterdrückung individueller (insbesondere sinnlicher) Entfaltungsbedürfnisse, die im Anschluss an Freud und Adorno in den Leipziger «Mitte»-Studien als eine zentrale Ursache aggressiv-autoritärer Abwertungsdynamiken beschrieben wird, ist in den jüngeren und tendenziell weiter wachsenden Milieus auf der linken Seite des sozialen Raumes weniger stark ausgeprägt bzw. mindestens subtiler: Kreative, lustbetonte Selbstverwirklichung (auch in der Arbeit) gilt hier als zentrale lebens- und arbeitsweltliche Norm (Kullmann 2011). Das ist natürlich nicht umstandslos mit bereits geglückter Emanzipation zu verwechseln: Der Zwang zur Vermarktlichung ist gerade angesichts der bereits besonders weit vorangeschrittenen Subjektivierung sehr direkt spürbar und führt häufig zu Entgrenzungen in der Wahrnehmung von (potentiellen) Bedürfnissen und Interessen, zur Auflösung von halbwegs stabilen Selbstbildern durch exzessive Beschleunigung und Vervielfältigung libidonöser Besetzungen bei gleichzeitig verinnerlichtem Leistungs- und Selbstökonomisierungsdruck. Diese Probleme unterscheiden sich aber grundlegend von der alten (protestantischen) Verzichtsethik und autoritären Charakterstrukturen im herkömmlichen Sinne. Auch sie können, gerade unter Bedingungen der Verunsicherung und Prekarität, zur Ausbildung von Ressentiments führen – etwa gegenüber, vermeintlich pauschal Frauen benachteiligenden, Muslimen (entsprechende Hinweise liefern aktuell etwa Bude/Lantermann 2014). Dennoch lassen sich die hier vorgestellten Befunde dahingehend resümieren, dass es nach wie vor in höherem Maße eine Orientierung an traditionellen Werten der Disziplin, Selbstentsagung und der strikten Geschlechterrollenverteilung ist, die – als Teil einer «verhärteten Selbstgerechtigkeit» – hinter den besonders manifesten und aggressiven Varianten von Ressentiments hervorsteht. Diese autoritären Relikte einer vermeintlich durch «Individualisierung» oder «neoliberale Gouvernementalität» längst überwundenen «Frühgeschichte» des Kapitalismus, bleiben ein entscheidender kultureller Nährboden des Rechtspopulismus.

## 9. POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Auf der Grundlage der vorgestellten Befunde und Analysen lässt sich zunächst resümieren: Die geläufige Rede von einem bereits in der Breite vollzogenen «Dambruch» ressentimentgeladener und rechtsextremer Einstellungen führt in die Irre. Es scheint eher so zu sein, dass sich ein bereits seit langem aus alltäglichen Krisenerfahrungen heraus aufgebautes rechtspopulistisches Potential angesichts von Umbrüchen und sich erweiternden Repräsentationslücken innerhalb des Parteiensystems verstärkt im politischen und zivilgesellschaftlichen Raum artikuliert. Dieses Spektrum spiegelt aber nicht per se Stimmungslagen «der» verunsicherten Mitte, sondern artikuliert bestimmte Tendenzen des gesellschaftlichen Alltagsbewusstseins, die eher latent und in sich widersprüchlich statt weltanschaulich klar verfestigt sind – und die in bestimmten, traditional und autoritär geprägten Milieus deutlich ausgeprägter sind als in der Gesellschaft insgesamt. Die Verbreitung von Ressentiments verläuft dabei quer zu den hierarchischen Differenzierungen nach Schicht- oder Klassenzugehörigkeit und sie entzieht sich auch einer eindeutigen Zuordnung nach Geschlechterkategorien. Ressentiments sind insofern auch nicht notwendiger Weise durch soziale Abstiegserfahrungen, politische Exklusion oder gar eine generelle «Krise der Männlichkeit» motiviert.

Unter den vielfältigen Ursachen erscheinen Verunsicherungen gewachsener Identitäten, Anerkennungsverluste und Ohnmachtsgefühle besonders bedeutsam. Diese sind häufig eine Folge von Vermarktlichungsprozessen, die zu schwindender sozialer Bindung und einem Verlust an individuellen Autonomie- und Partizipationschancen in Arbeits- und Lebenswelt – und damit Krisen der Reproduktion – führen. Auch diese, in der vorgestellten Analyse ins Zentrum gerückten, Erfahrungen lassen sich aber durchaus unterschiedlich interpretieren und führen nicht automatisch zu einem Anwachsen von Ressentiments.

Ihrer rein quantitativen Verbreitung nach, sind die meisten der gemessenen menschenfeindlichen Einstellungsmuster in den letzten Jahren zurück gegangen – wenn auch auf einem nach wie vor hohen Niveau. Hinsichtlich der Abwertung bestimmter Gruppen sind die Befunde allerdings weniger klar und teilweise widersprüchlich. Insbesondere die Islamfeindlichkeit sowie feindselige Einstellungen gegen Asylbewerber und Sinti und Roma bleiben besonders stark ausgeprägt und haben, der Leipziger Studie zufolge, jüngst sogar wieder zugenommen. Zudem deutet der Anstieg der Zustimmungswerte zu allgemein formulierten Etabliertenvorrechten darauf hin, dass Ressentiments womöglich nur weniger explizit formuliert werden, als latente Struktur im Alltagsbewusstsein aber virulent bleiben und unter veränderten Rahmenbedingungen entsprechend schnell wieder aktiviert werden können.

Allerdings zeichnen sich, trotz des verbreiteten Rückzugs ins Private und einer Konsolidierung der Macht des bürgerlichen Lagers, auch deutliche Gegenbewegungen und Solidaritätsbereitschaft gegenüber besonders verwundbaren Gruppen, wie etwa Flüchtlingen, in weiten Teilen der Gesellschaft und der medialen

Öffentlichkeit ab. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die aktuelle Situation deutlich von derjenigen Anfang der 1990er Jahre (und erst Recht von derjenigen zu Beginn der 1930er Jahre). Die Linke tut insofern gut daran, im Angesicht von «Pegida» oder AfD kein allzu braunes Schreckensszenario an die Wand zu malen, sondern die nun aufgebrochenen «Kulturkämpfe» als offene Auseinandersetzung um die Geltung humaner und freiheitlicher Werte in einem noch lange nicht abgeklungenen, globalen Krisenzyklus zu benennen. Der Rückzug auf linke Glaubensbekenntnisse und radikale Abgrenzungsstrategien gegenüber einer vermeintlich ohnehin hoffnungslos rassistischen oder autoritär-patriarchalischen Mehrheitsgesellschaft dürfte dagegen kontraproduktiv sein (wobei die Legitimität gerade jugendkulturell geprägter Radikalitätssymbole etwa in der Antifa-Bewegung nicht per se infrage gestellt werden soll – auch dies ist immer zugleich eine Frage der Identitätskonstruktion durch Abgrenzungen). Gerade in diesem Kampf können und sollten die Bündnisse in der Regel besonders breit aufgestellt sein.

Dennoch macht es Sinn, anschließend an die, in Kapitel 8 dargestellte, grobe Skizze der Hauptachsen sozialer Differenzierung und politischer Lagerbildung entlang von Milieustammbäumen, nach den dominierenden Trägergruppen eines linken Projekts zu fragen. Klar sollte dabei allerdings sein, dass es nicht um die Adressierung von «Zielgruppen» und die Repräsentation bestimmter, objektiv zu konstatierender Bewusstseinslagen und Interessen geht, sondern um eine politische Praxis, die bewusst und konsequent bestimmte Themen, Problembeschreibungen und Deutungsweisen öffentlich artikuliert und dadurch verbindend und transformierend wirkt – und die damit auch über die zunächst dominierenden Akteure und begrenzten Kristallisationspunkte sozialer Kämpfe hinauswächst und permanente Lernprozesse organisiert, auch mit der Perspektive einer Gegenhegemonie und sozialistischen Transformation.<sup>29</sup>

Relativ eindeutig scheint zu sein, dass die jüngeren linken Gegenkulturen, aber auch das technikaffine, libertäre Klientel, das von der «Piratenpartei» angesprochen wurde und an das DIE LINKE noch stärker Anschluss finden müsste, schwerpunktmäßig in den «eigenverantwortlichen» und «avantgardistischen» Milieus verankert sind (Matuschek/Krähnke/Kleemann/Ernst 2011, S. 57 ff.). Auch diese, für Ressentiments vergleichsweise wenig anfälligen, Milieus lassen sich auf der vertikalen Achse der Differenzierung nach kulturellen Orientierungsmustern entschieden klarer verorten, als horizontal, also nach Schicht- oder Klassenzugehörigkeit. Das gilt, trotz des meist höheren Ausbildungsniveaus, vor allem angesichts der Tatsache, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse gerade in den neuen sozial-kulturellen und digitalen Dienstleistungsberufen, die in den jüngeren «linksaffinen Milieus» dominieren, überdurchschnittlich stark verbreitet sind – was vermutlich mit dazu beiträgt, dass die eingangs angesprochene relative Stabilisierung der Arbeitnehmermitte und generell die Entwicklungen im Bereich der Normalarbeit nur begrenzt und in oft einseitiger Perspektive Gegenstand der linksakademischen Debatten sind.<sup>30</sup> Generell dürften die progressiv-zivilgesellschaftlich engagierten Bürgerbewegungen ihre Hauptbasis nach wie vor in den modernisierten und noch immer tendenziell wachsenden Milieus auf der linken Seite des sozialen Raumes haben (zur langfristigen Genese der neuen Bewegungsmilieus vgl. Vester u.a. 2001, S. 253 ff. sowie Reichardt 2014). Auch für die überproportional schnell anwachsenden modernisierten Arbeitnehmersmilieus, die mehrheitlich in noch relativ gesicherten, aber innerbetrieblich durch Vermarktlichungs- und Entgrenzungsprozesse stark unter Druck geratenen Normalarbeitsverhältnissen verankert sind, ist immer wieder nachgewiesen worden, dass erweiterte Beteiligungs- und Autonomieansprüche das Alltagsbewusstsein in hohem Maße prägen und zu einer Distanz oder offenen Kritik gegenüber den klassischen Formen (linker) Stellvertreterpolitik führen (Vester/Teiwes-Kügler/Vester-Lange 2007; Sauer 2013). Mehr direkte Partizipation und damit die Entwicklung einer beteiligungsorientierten politischen Kultur, die an den gewachsenen Kompetenzen zur Selbstorganisation ansetzt und damit auch nicht einseitig staatszentriert bleibt, ist mit Blick auf diese Gruppen insofern das zentrale Credo. Das «Milieu der Prekarierten» (Kipping 2014, S. 8) schließlich, das meist an dritter Stelle als Potential linker Politik genannt wird, ist – ob nun als einheitliches Milieu oder als Klasse «an» oder «für sich», als «die Unterschicht» oder gar als politischer Akteur konstruiert – ein Phan-

---

<sup>29</sup> Gesellschaftliche Konflikte betreffen auch heutzutage nicht per se nur „begrenzte Klientele und Fragestellungen“, so dass von vorne herein bloß eine zielgruppenspezifische und kleinschrittige Reformpolitik als realistische Perspektive erscheint (Hoff 2014, S. 41). Es ist schade, dass innerhalb der bewegungsorientierten, jüngeren Linken gerade der Blick auf soziale Milieus häufig mit einer in diesem Sinne nur objektivierend-beschreibenden und ausschließlich sozialdemokratischen Programmatik identifiziert und entsprechend meist ohne nähere Prüfung abgelehnt wird. Die Kritik an strukturalistischen Klassentheorien, die den Ausgangspunkt bei der Entwicklung dieses Ansatzes bildete, zielte ja gerade auf die Betonung des praktischen Moments der Transformation, auf das Herstellen von Klasse und politischer Organisation in langfristigen und alltäglichen Kämpfen: „The Making of Class“ (E.P. Thompson).

<sup>30</sup> Diese Beobachtung spricht auch gegen die vergleichsweise schematische Klassenanalyse, die bei Mimmo Porcaro dem Plädoyer für eine, die heterogenen Kämpfe „verbindende“, Partei unterliegt – ein Konzept, das derzeit vor allem im bewegungsorientierteren Umfeld der Rosa Luxemburg Stiftung diskutiert wird (Porcaro 2011; Kipping/Riexinger 2013; Candeias/Völpel 2014, S. 215 ff.; Candeias 2014).

tom. Ein linkes Prekariat kann nur in praktischen Kämpfen und als Teil eines milieu- und klassenübergreifenden Projektes Gestalt gewinnen. Obwohl sich auch Beispiele für Selbst-Organisationen aus hoch prekären Lagen heraus finden lassen, scheint doch der schiere Druck der alltäglichen Existenzkämpfe und die langjährige Erfahrung politischer Machtlosigkeit dazu beizutragen, dass hier Schutz, stellvertretende Interessenvertretung und handfest materielle Solidaritätsarbeit noch immer eher nach dem Modell der Repräsentation durch starke politische Organisationen und Stellvertreter\_innen im politischen und sozialen Raum erwartet und benötigt werden. Die Hürden für eine Teilnahme an den bereits existierenden partizipativ-zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die sich etwa am hohen individuellen Zeitaufwand oder dem Einsatz von sehr viel kulturellem und sozialem Kapital festmachen, wirken hier bisher faktisch ausgrenzend und müssten vermutlich stärker durch Elemente eines linken – wahrscheinlich auch charismatischen – Populismus, vor allem aber praktische Solidaritätsarbeit ergänzt werden.<sup>31</sup>

Eine progressive linke (Partei-)Strategie gegen den Rechtspopulismus und für die Entwicklung sozialistischer Transformationsperspektiven sollte in jedem Fall libertäre und partizipatorische Elemente stärker als bisher betonen, um den reaktionären Krisenantworten der Rechten eine zukunftsorientierte, auch innovationsfreudige Perspektive gegenüber zu stellen. Neben der Thematisierung der Klassenspaltung, also der sozialen Frage von Prekarisierung und Verteilungsungerechtigkeit, muss sie auch in den sich tendenziell zuspitzenden Konflikten zwischen emanzipatorischen und autoritär-exkludierenden Ordnungsvorstellungen und Alltagskulturen, die sich einem Oben-Unten-Deutungsschema entziehen, klar positioniert sein – und zwar nicht nur und in erster Linie auf der Ebene der ausformulierten Programmatik, sondern vor allem in der gelebten politischen Kultur. Das ist eine gerade für Großorganisationen wie Parteien ausgesprochen schwierige Herausforderung, in der es insbesondere von den zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu lernen bzw. diese auch direkt in die eigene Organisationspraxis zu integrieren gilt.

Entscheidend wird dabei sein, das weit verbreitete Bedürfnis nach lebens- und weltanschaulichen Orientierungshilfen, nach Stabilität und Schutz im sozialen Nahraum – etwa in der Kleinfamilie oder der Nachbarschaft – nicht pauschal als rückwärtsgewandt zu kritisieren, sondern in einem inklusiven Verständnis von sozialer Sicherheit, Individualitätsentwicklung und Vielfalt der Lebensmodelle und Traditionen aufzugreifen. So ist etwa die in der jüngeren Bewegungslinken und den avantgardistischen Milieus insgesamt gepflegte Ideologie der radikalen Dekonstruktion aller Identitäten mit Vorsicht zu genießen (vgl. etwa Lorey 2008). So emanzipatorisch etwa die vitalen queer-hedonistischen Szenen in den von Gentrifizierung geplagten Innenstadtkiezen wirken können: Ihre Praxis der symbolischen und intellektuellen Verflüssigung von Geschlechterkategorien dürfte kaum als Folie für linke Geschlechter- und Gesellschaftspolitik insgesamt taugen. Denn diese muss immer, ausgehend vom jeweiligen Entwicklungsstand, milieuspezifisch gewachsene Identitäten und an sie geknüpfte faktische Ungleichheitsverhältnisse und Bedürfnisse wahrnehmen und sich auf sie beziehen, um gewissermaßen aus ihnen heraus – und dann natürlich auch über sie hinaus – progressive Tendenzen aufzunehmen, statt nur «von außen», in akademischen oder subkulturellen Zirkeln, Kritik zu üben – was immer auch zur Ausbildung linker Dogmatismen beiträgt. Tradition und Identität können, wenn sie nicht essentialistisch, sondern als offene, aber eben auch historisch tief verankerte Prozesse begriffen werden, gerade aus subalternen Positionen heraus auch als widerständige Kraft wirken: Man denke etwa an die Bedeutung traditioneller Musikstile in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung (Lill 2013b) und die – durchaus ähnlichen – Chancen, die sich aus der Energie und dem Selbstbewusstsein der Folkmusik der Sinti und Roma ergeben können.

Um solche kulturellen Emanzipationsimpulse aufzunehmen, muss linke Politik in den Lebenswelten präsent sein, sie muss die jeweiligen Alltagssprachen sprechen und Orte der, auch emotional-symbolischen und körperlichen, Vergemeinschaftung schaffen. Und sie muss Solidarität auch materiell-praktisch organisieren: Politische Partizipation muss sich für die Menschen tatsächlich «lohnend», d.h. sie muss als Raum der Begegnung und der wechselseitigen Unterstützung im Alltag attraktiv sein und spürbare Verbesserungen im sozialen Nahraum bewirken.

Angesichts der doppelten Krise von betrieblicher Partizipation und lebensweltlicher Reproduktion kommt dabei, neben Bereichen wie Wohnpolitik und kommunaler Daseinsvorsorge, einer linken Arbeits(zeit)politik zentrale Bedeutung zu (Detje/Stamm/Wilde 2014). Die weitere Entgrenzung vermarktlichter Erwerbsarbeit muss – gerade im Exportland Deutschland – endlich gestoppt und zugunsten einer Verkürzung und Demokratisierung von Arbeit gewendet werden. Entsprechende gewerkschaftliche Initiativen müssten parlamen-

---

<sup>31</sup> Erfolgreiche Beispiele für politische Mobilisierungsprozesse, die auch den Aufbau unmittelbar materieller Solidaritätsstrukturen einschließen und daher für hochgradig prekarierte Milieus attraktiv sind, beschreiben etwa Candias/Völpel 2014.

tarisch auch von Seiten der LINKEN stärker flankiert werden – nicht nur zugunsten einer besseren Verankerung in den organisierten Stammebelegschaften, sondern auch, weil hier zentrale alltagsweltliche Ursachen für Verunsicherungen und Ressentiments liegen.

Dagegen sind Versuche, dem Rechtspopulismus gewissermaßen seine Themen abzugagen – etwa indem generelle Kritik an «Europa» und «der Globalisierung» geübt oder pauschal für mehr Polizei auf den Straßen und strikte Einwanderungskontrollen plädiert wird – brandgefährlich und, der italienischen «Fünf-Sterne-Bewegung» zum Trotz, langfristig wohl auch wenig erfolgversprechend. Setzen sich entsprechende Deutungsmuster erst einmal durch, wählen die Menschen im Zweifel vermutlich das Original. Die Linke muss eigene, emanzipatorische Antworten auf die Verunsicherungen und die Krise des Öffentlichen finden. Solange ihr dies nicht gelingt, bleibt das oft beklagte Scheitern der etablierten Politik bei der Lösung gesellschaftlicher Problemlagen auch ihr eigenes Scheitern.

## LITERATURNACHWEISE

- Allensbach (5/2006)/Noelle, Elisabeth/Petersen, Thomas: Eine fremde, bedrohliche Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.05.2006, Internetressource: <http://www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/faz-monatsberichte.html>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (3/2008)/Petersen, Thomas: Das zarte Pflänzlein Integration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.03.2008, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (8/2009)/Köcher, Renate: Fatalistische Gelassenheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.08.2014, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (12/2009)/ Köcher, Renate: Der Statusfatalismus der Unterschicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2009, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (8/2011)/Köcher, Renate: Produzieren wir eine Schicht sozialer Verlierer?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.08.2011, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (10/2011)/Köcher, Renate: Schicksalsthema Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.2011, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (10/2012)/Köcher, Renate: Entspannter Fatalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2012, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (11/2012)/Petersen, Thomas: Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2012, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (4/2013)/Köcher, Renate: Alternative für Deutschland?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.04.2013, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (5/2013)/Petersen, Thomas: Wenig Toleranz gegenüber Extremisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.05.2013, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (7/2013)/Petersen, Thomas: Das Vertrauen in die EU wächst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.07.2013, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (2/2014)/Köcher, Renate: Mehr Gelassenheit beim Thema Einwanderung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.02.2014, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (3/2014)/Petersen, Thomas: Anfang vom Ende der Politikverdrossenheit?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.03.2014, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (5/2014)/Petersen, Thomas: Ein veränderter Blick auf Europa?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.05.2014, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (10/2014)/Köcher, Renate: Die scharfe Kante der AfD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.10.2014, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Allensbach (12/2014)/Köcher, Renate: Deutsche sehen Einwanderung nüchtern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2014, Internetressource a.a.O., letzter Zugriff: 20.12.2014
- Begrich, David (2014): Spiegel der Mitte. Pegida bedient rassistische Ressentiments und ist zugleich gesellschaftlich anschlussfähig, in: ak – analyse und kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 600, 16.12.2014, S. 1
- Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Lieber, Christoph/Müller, Bernhard/Siebecke, Gerd (2010): Die Große Krise. Finanzmarktcrash – verfestigte Unterklasse – Alltagsbewusstsein – Solidarische Ökonomie, Hamburg
- Bischoff, Joachim/Gauthier, Elisabeth/Müller, Bernhard (2014): Rechtsextremismus und modernisierter Rechtspopulismus in Europa, in: Sozialismus 10/2014, S. 6-14
- Bogdal, Klaus-Michael (2013): Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Frankfurt a.M.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn

- Bude, Heinz/Lantermann, Ernst-Dieter (2014): Besorgt, beleidigt und zurückgesetzt. Wer sind die Anhänger von Pegida?, in: Süddeutsche Zeitung, 23.12.2014
- Bullan, Klaus (2013): Die verunsicherte Generation, in: Sozialismus 3/2013, S. 18-25
- Butterwegge, Christoph/Hentges (Hg.) (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen & Farmington Hills
- Candeias, Mario (2014): Linksparteien – multiple Persönlichkeiten oder lebendige Organismen?, in: Prager Frühling – Redaktionsblog, Internetressource: <http://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1128.linksparteien-multiple-pers%C3%B6nlichkeiten-oder-lebendige-organismen.html>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Candeias, Mario/Vöpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisation der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Castel, Robert (2000): Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, edition discours
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Leipzig
- Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg
- Detje, Richard (2014): Willkommens-«Un»Kultur in Deutschland, in: Sozialismus – Kommentare und Analysen, Internetressource: [http://www.sozialismus.de/kommentare\\_analysen/](http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/), letzter Zugriff: 20.12.2014
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen, Hamburg
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter/Bischoff, Joachim (2013): Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat, Hamburg
- Detje, Richard/Stamm, Sybille/Wilde, Florian (Hg.) (2014): Kämpfe um Zeit. Bausteine für eine neue (arbeits-)zeitpolitische Offensive, Manuskripte Neue Folge der Rosa Luxemburg Stiftung, Nr. 10, Berlin
- Ege, Moritz (2013): «Ein Proll mit Klasse» – Mode, Popkultur und soziale Ungleichheiten unter jungen Männern in Berlin, Frankfurt a.M.
- Fekete, Liz (2014): Rechte Gewalt in Europa. Das Konzept des Anti-Extremismus schwächt den antifaschistischen Widerstand, Standpunkte 17/2014, Rosa Luxemburg Stiftung
- Fichtner, Michael/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo (2008): Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Ausgewählte Ergebnisse eines Forschungsprojektes, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt, Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen & Farmington Hills, S. 255-276
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine (2007): Die Populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Berlin
- Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.) (2012): Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2009, S. 43-57
- Fricke, Werner/Wagner, Hilde (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Füller, Christian (2014): Leistung aus Leidenschaft, in: Freitag vom 22.10.2014, Online-Ressource: <https://www.freitag.de/autoren/christian-fueller/leistung-aus-leidenschaft>, letzter Zugriff: 15.12.2014
- Groß, Eva/Hövermann, Andreas (2014): Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte?, in: Zick, Andreas/Klein, Anna (Hg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn, S. 102-118
- Hall, Stuart (2004): Ideologie – Identität – Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, herausgegeben von Juha Koivisto und Andreas Merckens, Hamburg
- Hartmann, Kathrin (2011): Cocooning mit Misthaufen, in: Frankfurter Rundschau, 01.05.2011, Internetressource: <http://www.fr-online.de/literatur/stadtflucht-cocooning-mit-misthaufen.1472266.8396306.html>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Heitmeyer, Wolfgang (Hg.) (2010): Deutsche Zustände, Folge 9, Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, Wolfgang (Hg.) (2011): Deutsche Zustände, Folge 10, Frankfurt a.M.
- Hentges, Gudrun/Flecker, Jörg/Gabrielle Balazs (2008): Potenziale politischer Subjektivität und Wege zur extremen Rechten, in: Butterwegge, Christoph/Hentges (Hg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen & Farmington Hills, S. 103-142
- Herkommer, Sebastian (2004): Metamorphosen der Ideologie. Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive, Hamburg
- Hoff, Benjamin-Immanuel (2014): die linke: partei neuen typs? milieus – strömungen – parteireform, Hamburg
- Holm, Andrej (2014): Mietenwahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert, München
- Huke, Nikolai/Triadafilidou, Haris (2012): Rechtspopulismus in der Euro-Krise, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg, S. 13-34
- IKG (2011): Deutsche Zustände. Das entscherte Jahrzehnt. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Internetressource: [http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout\\_Fassung\\_Montag\\_1212.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf), letzter Zugriff: 20.12.2014



- Illouz, Eva (2007): Gefühle in Zeiten des Kapitalismus, Frankfurt a.M.
- Jürgens, Kerstin (2012): Arbeit und Reproduktion, in: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik, Frankfurt a.M., S. 273-288
- Kahrs, Horst (7/2014): Stillstand vor Weichenstellungen, Internetressource: <http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2014/07/2014-07-05-Ka-Weichenstellungen.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Kahrs, Horst (9/2014): «Degrowth» bei der Linken. Ausgewählte empirische Antworten auf die Frage: Wo steht Die Linke?, Internetressource: [http://www.dielinke-sachsen.de/uploads/media/2014-09-28\\_Ka\\_Nachlese\\_LTW14.pdf](http://www.dielinke-sachsen.de/uploads/media/2014-09-28_Ka_Nachlese_LTW14.pdf), letzter Zugriff: 20.12.2014
- Kahrs, Horst (10/2014): Die Piratenpartei – eine gescheiterte Partei und ihr Wähler\_innenpotential. Befunde aus der repräsentativen Wahlstatistik, Internetressource: [http://www.dielinke-sachsen.de/uploads/media/2014-10-12\\_Ka\\_Piratenpartei.pdf](http://www.dielinke-sachsen.de/uploads/media/2014-10-12_Ka_Piratenpartei.pdf), letzter Zugriff: 20.12.2014
- Kahrs, Horst (12/2014): Überlegungen für eine linke Strategie im Umgang mit der AfD und gegen die weitere Ausbreitung des «sozialen Nationalismus»? Working Papers 2/2014, IfG in der Rosa Luxemburg Stiftung, unveröffentlichte Version vom 09.12.2014
- Kahrs, Horst/Hoff, Benjamin-Immanuel (2014): Die Ergebnisse der Europawahl in Deutschland 2014 – Wahlbericht und erste Analyse, Internetressource: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/2014\\_EPW\\_Wahlbericht.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/2014_EPW_Wahlbericht.pdf), letzter Zugriff: 20.12.2014
- Kipping, Katja (2014): Statt eines Vorwortes, in: Hoff, Benjamin-Immanuel (2014): die linke: partei neuen typs? milieus – strömungen – parteireform, Hamburg, S. 7-9
- Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2013): Verankern, verbreiten, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, Internetressource: <http://www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Soziale Benachteiligung und Engagement, Bielefeld
- Kullmann, Katja (2011): Echtleben. Warum es heute so kompliziert ist, eine Haltung zu haben, Eichborg Verlag
- Lehndorff, Steffen (Hg.) (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien, Hamburg
- Lill, Max (2011a): Neoliberale Alltagsmythologien in der Krise. Zwischen bürgerlichem Ressentiment und Gangsta Rap, in: Sozialismus 5/2011, S. 52-59
- Lill, Max (2011b): Populärästhetik – Subjektivität – Öffentlichkeit. Sinnliche Aneignungsweisen zwischen Fordismus und flexiblem Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2011
- Lill, Max (2013a): the whole wide world is watchin' – Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren. Bob Dylan und The Grateful Dead, Berlin
- Lill, Max (2013b): Die Melodie des Dr. Martin Luther King. Die US-Bürgerrechtsbewegung politisierte die Gegenkulturen und rückte Musik ins Zentrum einer historischen Umwälzung, in: ak – analyse und kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 586, 9/2013, S. 19
- Lorey, Isabell (2008): Kritik und Kategorie. Zur Begrenzung politischer Praxis durch neuere Theorien der Intersektionalität, Interdependenz und Kritischen Weißseinsforschung, Internetressource: <http://eipcp.net/transversal/0806/lorey/de>, letzter Zugriff: 10.05.2014
- Marchart, Oliver (2008): Cultural Studies, Konstanz
- Matuschek, Ingo/Krähnke, Uwe/Kleemann, Frank/Ernst, Frank (2011): Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus, Wiesbaden
- MEW – Marx-Engels-Werke, Bd. 23 (2005) [1890]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, Berlin
- Mika, Bascha (2011): Die Feigheit der Frauen. Rollenfallen und Geiselmoralität – Eine Streitschrift wider den Selbstbetrug, Gütersloh
- Müller, Yves (2012): Männliche Homosexualität und Homophobie im deutschen und österreichischen Rechtspopulismus, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg, S. 79-97
- Neckel, Sighard (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Markgesellschaft, Frankfurt a.M.
- Neckel, Sighard/Wagner, Greta (2013): Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft, Frankfurt a.M.
- Petersen, Thomas/Hierlemann, Dominik/Vehrkamp, Robert B./Wratil, Christopher (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, Gütersloh
- Porcaro, Mimmo (2011): Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft. Partei neuen Typs – die «verbindende Partei», in: Luxemburg. Heft 8, S. 28-35
- Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Frankfurt a.M.
- Rheingold (2013): Wahl 2013: Das bedrohte Paradies, Internetressource: [http://www.rheingold-marktforschung.de/veroeffentlichungen/artikel/Wahl\\_2013\\_Das\\_bedrohte\\_Paradies.html](http://www.rheingold-marktforschung.de/veroeffentlichungen/artikel/Wahl_2013_Das_bedrohte_Paradies.html), letzter Zugriff: 20.12.2014
- Riesebroth, Martin (1990): Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung, Tübingen

- RLS-Papers (1/2012): Die Krise in Europa und die Erfolge des Rechtspopulismus. Fachgespräch und Konferenz der Gruppe der Linken der GUE/NGL im europäischen Parlament, Berlin
- Sauer, Dieter/Nies, Sarah (2012): Arbeit – mehr als Beschäftigung? Zur arbeitssoziologischen Kapitalismuskritik, in: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik, Frankfurt a.M., S. 34-62
- Sauer, Dieter (2013): Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin
- Sloterdijk, Peter (2009): Die Revolution der gebenden Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.06.2009, Internetressource: [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kapitalismus/die-zukunft-des-kapitalismus-8-die-revolution-der-gebenden-hand-1812362.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kapitalismus/die-zukunft-des-kapitalismus-8-die-revolution-der-gebenden-hand-1812362.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), letzter Zugriff: 20.12.2014
- Sommer, Bernd (2010): Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Wiesbaden
- Spier, Tim (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt a.M.
- ZEIT-Online/YouGov 12/2014: Jeder Zweite sympathisiert mit Pegida, Online-Ressource: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/islam-pegida-fluechtlinge-deutschland-umfrage>, letzter Zugriff: 16.12.2014
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M.
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg
- Vester, Michael (2010): Wahlstrategie, Wählerpotential, Wählerstruktur der ‚Linken‘, Internetressource: <http://www.rosalux.de/publication/37196/waehlerpotential-waehlerstruktur-und-wahlstrategie-der-linken.html>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Vester, Michael/Weber-Menges, Sonja (2014): Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit. Bericht zu dem von der Hans Böckler Stiftung geförderten Kurzprojekt «Explorative Entwicklung und Erprobung eines Untersuchungsinstrumentes für integrierte und differenzierte Langfrist-Analysen der beruflichen Arbeitsteilung und der Prekarisierung der Erwerbsstruktur in der BRD 1991-2009 mit den Daten des Mikrozensus», unveröffentlichtes Arbeitspapier
- Virchow, Fabian (2014): Rechts außen. 50 Jahre NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2014, S. 15-18
- von Lucke, Albrecht (2015): Thüringen oder die rot-rot-grüne Konfrontation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2015, S. 5-8
- ZEIT-Online/YouGov (2014): Jeder Zweite sympathisiert mit Pegida, ZEIT-Online, 15.12.2014, Internetressource: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/islam-pegida-fluechtlinge-deutschland-umfrage>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Zick, Andreas/Klein, Anna (Hg.) (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Wolf, Hinna (2009): Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa, Berlin
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Internetressource: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2014
- Zick, Andreas/Preuß, Madlen (2014): ZuGleich. Zugehörigkeit und (Un-)Gleichwertigkeit. Zwischenbericht, Leipzig